:antifaschistische nachrichten Nr. 6

g 3336 23.3.2006 22. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

CDUler unterstützt Berlusconi

DÜSSELDORF/ROM. Der Düsseldorfer CDU-Stadtrat Maurizio Giangreco tritt für Berlusconis Partei „Forza Italia“ an. Der in Palermo geborene Italiener, der für eine internationale Stahl-Holding tätig ist, wirbt um die Stimmen von 2 Millionen Italienern, die im Ausland leben und nun erstmals per Briefwahl an den Parlaments- und Senatswahlen am 9./10. April in Italien teilnehmen können. Giangreco gehört seit 17 Jahren der CDU an und ist nicht Mitglied der Berlusconi-Partei. Sollte der CDU-Mann gewählt werden, will er zwischen Düsseldorfer Stadtrat und dem römischen Parlament pendeln. Dem neuen Wahlbündnis Berlusconis gehört auch die neofaschistische „Alternativa Sociale“ um die Mussolini-Enkelin Alessandra Mussolini an. Auch mit der neofaschistischen Partei „Movimento Sociale - Fiamma Tricolore“ hat es bereits erste Gespräche gegeben. Deren Sekretär, Luca Romagnoli, hatte erst kürzlich den Holocaust geleugnet.

Der italienische Bestsellerautor Umberto Eco sieht Italien vor dem Abgrund der Diktatur. Das Schiff könnte untergehen, warnt der Buchautor seine Landsleute. Beim Urnengang gehe es darum, die Demokratie und die Institutionen zu retten. *hma* ■

General a.D. im Interview

ZÜLPICH. Brigadegeneral a.D. Andreas Broicher, zuletzt General für die Ausbildung im deutschen Heer, hat der „Deutschen Nationalzeitung“ des DVU-Chefs Gerhard Frey ein Interview gegeben. Broicher ist Verfasser des Buches „Gerhard von Scharnhorst. Soldat – Reformer – Wegbereiter“, das im Aachener „Helios-Verlag“ von Karl-Heinz Pröhuber erschienen ist. Im vergangenen Jahr war Broicher Mitunterzeichner des Aufrufs „Gegen das Vergessen“ des um die „Junge Freiheit“ angesiedelten „Institut für Staatspolitik“. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Mannheim: Eine Region wehrt sich!
Nazidemo für 8.4. geplant 5
Frankreich: Militante Neofaschisten als Streikbrecher 8

Kaffekränzchen für Kriegsverbrecher gesprengt

Antifaschisten hatten gründlich recherchiert: Seit zehn Jahren treffen sich die Kriegsverbrecher der Waffen-SS in der Pachtgaststätte „Remter“ im Gebäude der Hamburger Handelskammer. Bei Kaffee und Kuchen versammelten sich bis zu einhundert älteren Kriegsveteranen und ihre Frauen ein Mal im Monat, um – wie auf einem heimlichen Mitschnitt dokumentiert – gegen die „Herrschaft des Weltjudentums“ zu geifern, die eigene Jugend, den Krieg und die Waffen-SS zu verherrlichen. Doch damit ist nun Schluss!

Am 16. März blockierten etwa 100 Gegendemonstranten den Eingang zur Handelskammer, wo die Jahreshauptversammlung der Hamburger Gruppe der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS“ (HIAG) stattfinden sollte. Gegenüber der reichlich anwesenden Presse ließ der aufgeschreckte Handwerkskammer-Vorstandssprecher Peter Haas denn auch nicht lange auf sich warten. Eine halbe Stunde nach Beginn der Blockade trat Haas vor die Demonstranten und kündigte an, dass die Altnazis „sofort“ aus dem Gebäude gewiesen werden, dessen Nutzung sie sich unter falschen Namen erschlichen hätten. Doch der Imageschaden für die Standesorganisation bleibt.

So fragte Antje Kosemund vom Landesvorstand der VVN den Vertreter der Handelskammer, wie das Treffen der Handwerkskammer zehn Jahre verborgen bleiben konnte, ohne dass dem Pächter oder dem bedienenden Personal etwas aufgefallen sei. Die HIAG sei nicht als Organisation aufgetreten sondern habe sich eingeschlichen. Wie lange diese dubiosen Treffen zurückreichen könne, er deshalb nicht sagen, so Haas. „Bis zum 4. Februar 1975“ konterte Felix Krebs, Sprecher des antifaschistischen Aktionskreises. Hier habe sich die HIAG nachweislich zum ersten Mal im Haus der Handwerkskammer getroffen.

Weniger in einem direkt organisatorischen –, wohl aber inhaltlichen Zusammenhang steht die Initiative für eine strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen. Unter dieser Forderung rufen Hamburger AntifaschistInnen zu abgestimmten Aktionen gegen die noch lebenden Kriegsverbrecher des Massakers von Sant'Anna di Stazzema in der ersten Maiwoche rufen auf. Darunter:

- Hamburg und Schleswig-Holstein: Gerhard Sommer
- Berlin-Brandenburg: Karl Gropler
- Nordrhein-Westfalen: Horst Richter, Alfred Schöneberg, Ludwig Heinrich Sonntag

Fortsetzung Seite 3

Rechtsextremisten wollen „Slow Food“ unterwandern

Auf zwielichtigen Zuwachs muss sich wohl die Bewegung „Slow Food“ einstellen, die die Kultur des Essens und Trinkens pflegen und lebendig halten will. Zur Mitgliedschaft in der „internationalen Vereinigung bewusster Genießer und mündiger Konsumenten“ (so die Eigendarstellung) hat jetzt nämlich auch die rechtsextremistische „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD aufgerufen. In einem entsprechenden Aufruf, der vom Verfassungsschutz unter anderem wegen antisemitischer Aktivitäten beobachteten Partei, wird gewürdigt, „Slow Food“ setze sich für den Erhalt gewachsener kulinarischer Bräuche ein und lege Wert darauf, Genuss nicht mit Luxus zu verwechseln.

Allerdings ist auch der NPD klar, dass ihre Mitglieder nicht mit offenen Armen bei „Slow Food“ empfangen würden: „Die Verantwortlichen von Slow Food würden sich selbst wohl nicht als rechts bezeichnen. Dennoch ist es für jeden national und konservativ Denkenden naheliegend, sich ihnen anzuschließen.“

Thomas Klaus ■

Erneut brutaler Naziübergriff in Suhl

In Suhl kam es in der Vergangenheit immer wieder zu brutalen rechtsextremistisch-motivierten Übergriffen und Pöbeleien auf politisch-linke Jugendliche. So auch am vergangenen Wochenende. In der Nacht vom 3. zum 4. März gegen 24 Uhr griffen etwa 7 Neonazis zwei Punks am Suhler Kaufhof an und schlugen diese zusammen. Die Täter traten und schlugen alle gleichzeitig auf ihre am Boden liegenden Opfer ein. Von den an den Haltestellen stehenden Menschen griff niemand ein. Selbst der SNG (Suhler Nahverkehrsgesellschaft) Busfahrer setzte seine Fahrt fort, als einer der Angegriffenen hilfesuchend an seine Fahrertür schlug.
Lediglich zwei Jugendliche, die das Geschehen aus einiger Entfernung mitbekamen, konnten helfen, als die Angreifer bereits geflüchtet waren. Die Opfer erstatteten Anzeige. Laut ZeugInnenaussagen wurden auch „Tatverdächtige“ aufgegriffen. Inwieweit diese strafrechtlich belangt werden, wird sich zeigen.

In der unmittelbaren Vergangenheit kam es in Suhl oftmals zu brutalen Übergriffen auf Punks, Alternative und vermeintliche Linke. In der Nacht zum 23. Dezember wurden vor der Gaststätte „Ziegenberger Bierstübchen“ im Suhler Stadtteil Nord zwei alternative Jugendliche von über 6 RechtsextremistInnen mitleidslos verprügelt. Die Opfer mussten ins Krankenhaus eingeliefert werden. Nur 6 Tage später wurden zwei linke Jugendliche von 3 Neonazis vor einer Suhler Kneipe zusammengeschlagen. Ca. 25 PassantInnen und BesucherInnen der Gaststätte schauten regungslos zu. Schon über den gesamten Abend versammelten bis zu 20 Neonazis in der Kneipe und beschimpften politisch-links anmutende Menschen.

Durch das aggressive Auftreten der Neonazis entwickelt sich in Suhl schon seit geraumer Zeit ein Klima der Angst für alle Menschen, die nicht in das kranke Weltbild der Neonazis passen. Diese Entwicklung gilt es zu stoppen.

www.agst.antifa.net
agst@systemli.org
Antifaschistische Gruppe Südthüringen ■

Gespenstischer Aufmarsch in Halbe

BERLIN. Als die Veranstalter erstmals für den 11. März 2006 die Demonstration in Halbe anmeldeten, hatten sie offensichtlich in den Tausendjährigen Kalender der Nazis geschaut. 1939 verfügte Hitler, am 16. März, dem Tag der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1935, den Heldengedenktag zu begehen. Wenn der 16. März nicht auf den Sonntag fiel, sollte er am Sonntag zuvor stattfinden. Für den verbrecherischen Krieg bedurfte es wieder toter Helden. Der sinnlose Kriegstod wurde zum Heldentod umgedeutet.

Der gespenstige Demonstrationszug am 11. März in Halbe stand in Kontinuität zu den kriegsverherrlichenden Inszenierungen der braunen Welteroberer und ihrer millionenfachen Verbrechen. Statt die Veranstaltung in Halbe als „nationalsozialistische Heldenverehrung“ und damit als eindeutiges Propagandadelikt zu verbieten, sorgten die Zuständigen dafür, dass die Nazis in Halbe die Trommeln schlagen, marschieren und den „Heldengedenktag“ in Kontinuität zu ihren nationalsozialistischen Vorbildern begehen konnten.

Die Polizei schirmte die Veranstaltung der Nazis weiträumig ab. Gegendemonstranten standen mit ihrem Protest nicht nur weit weg von dem gespenstigen Aufzug. Sie mussten zuvor entwürdigende Kontrollen über sich ergehen lassen, und ihre Personalien wurden festgehalten.

Die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschisten protestiert gegen die Kriminalisierung antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Engagements und erwartet, dass Propagandaveranstaltungen der Neonazis verboten werden, auf denen die Geschichte verfälscht, die Verbrechen des Naziregimes mit „Heldenkundgebungen“ relativiert und die Opfer des Faschismus verleumdet werden.

Dr. Hans Coppi
Vorsitzender der Berliner VVN-BdA
Presseerklärung vom 13. März 2006 ■

Courage gegen Rechts!

Die „Kameradschaft Gütersloh“ hat am 25.3. ab 12 Uhr eine Demonstration in Gütersloh angemeldet. Unterstützt wird sie dabei vom „Aktionsbüro Westdeutschland“ und anderen Nazi-Gruppierungen.

Seit über 25 Jahren hat es in Gütersloh keinen Nazi-Aufmarsch mehr gegeben. Das Bündnis „Courage gegen Rechts“ möchte dafür sorgen, dass es auch in Zukunft so bleibt. Der menschenverachtenden Ideologie der Faschisten setzen wir unser solidarisches Miteinander und fantasievollen Widerstand entgegen. Keinen Fußbreit den Faschisten! Kein Naziaufmarsch in Gütersloh und anderswo!

Treffpunkt: 9.00 Uhr am Hauptbahnhof
Weitere Informationen unter:
www.courage-gegen-rechts.de.vu ■

Gedenkinstallation wieder „an Ort und Stelle“

KÖLN. Die Gedenkinstallation „Die Schwelle“, die von der Kölner Initiative „Die Bahn erinnern“ im Rahmen des Gedenktages zur Befreiung von Auschwitz vor dem Hauptbahnhof am 28.1.2006 enthüllt und den BürgerInnen der Stadt Köln übergeben wurde, wurde Rosenmontag (27.2.) von ihrem Platz vor dem Kölner Hbf. entfernt. Erst nach einem längeren Moment der Unklarheit erfuhren die InitiatorInnen, dass „Die Schwelle“ in das Gepäckcenter des Kölner Hauptbahnhofes verbracht worden ist. In einem Gespräch am 3.3. mit dem Bahnmanagement wurde ihnen versichert, dass der Grund der Entfernung an die-

Fortsetzung von S.1

sem Tage ausschließlich die „besondere Rettungsweg-Situation“ am Rosenmontag gewesen sei und in Absprache mit der Bundespolizei und der Feuerwehr geschehen ist. Das Ordnungsamt der Stadt Köln wolle demnächst über der weiteren Umgang mit der Schwelle entscheiden.

Am 7. März gegen 11.30 Uhr haben einige der InitiatorInnen das Gepäckcenter im Hauptbahnhof aufgesucht und nach einigen Wirren um Zuständigkeiten „Die Schwelle“ schließlich wieder an den Ort verbracht, an dem sie den gesamten Februar über auch zu sehen war. Auf den Bahnhofsvorplatz neben dem „Zeitcafe“.

Kontakt zur Initiative „DIE BAHN ERINNERN“: jc-courage@netcologne.de ■

Erneute Verurteilung wegen Volksverhetzung

HANNOVER. „Das Amtsgericht Northeim hat am 23.3.2006 erneut den bereits mehrfach vorbestraften Neonazi-Führer Thorsten Heise wegen Volksverhetzung in zwei Fällen zu einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt.“ So berichtet die „Hannoversche Allgemeine Zeitung“. Die Strafe wurde, wie schon in früheren Fällen erneut zur Bewährung ausgesetzt. „Als Auflage muss der 36-jährige Anführer der ‚Kameradschaft-Northeim‘, der inzwischen im thüringschen Eichsfeld lebt und Mitglied im Bundesvorstand der NPD ist, 200 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Heise vor rund vier Jahren einem Presswerk in Thailand den Auftrag zur Produktion von 6000 CD’s der Gruppe ‚Sturm‘ mit volksverhetzenden Liedtexten erteilt hatte, um diese in Deutschland zu verteilen. Der Staatsanwalt nannte die Liedtexte ‚widerlich, volksverhetzend und menschenverachtend‘.“ *bee* ■

Unter einem Dach

BERLIN. Die „Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft“ (UOKG), ein Dachverband von 30 antikommunistischen Vereinigungen, hat sich auf seiner letzten Vorstandssitzung gegen die Umbenennung einer Berliner Straße in „Rudi-Dutschke-Straße“ ausgesprochen. Unterstützt wird hingegen ein Entwurf zur Errichtung eines „Zentralen Denkmals 17. Juni 1953“ am Berliner Bundesministerium der Finanzen. Der Vorschlag stammt von Carl-Wolfgang Holzapfel („Vereinigung 17. Juni 1953“), wiederholt Interviewpartner des rechten Wochenblattes „Junge Freiheit“. Dem neuen Vorstand der UOKG gehört auch der Publizist Siegmar Faust (Würzburg) an. Faust war in der Vergangenheit Autor in der aus der nationalrevolutionären Ecke kommenden Zeitschrift „Wir Selbst. Zeitschrift für nationale Identität“, der „Criticon“ und dem „Deutschland-Magazin“. Auch für das „Ostpreußenblatt/PAZ“ und die „Junge Freiheit“ greift der Vizepräsident des „Freien Deutschen Autorenverbandes“ (FDA) zur Feder. In die Schiedskommission der UOKG wurde u.a. Sybille Dreher gewählt, die dem Frauenverband des „Bund der Vertriebenen“ vorsteht. Dreher gehörte unlängst auch zu den Unterzeichnern eines Appells „für Pressefreiheit“ der „Jungen Freiheit“. Gast der Vorstandssitzung war auch die „Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen“, Marianne Birthler. *hma* ■

Zahl rechtsextremer Straftaten anhaltend hoch

BERLIN. Das Bundesinnenministerium hat erneut auf die monatliche Standardfrage der Abgeordneten Petra Pau geantwortet. Demnach wurden im Januar 2006 bundesweit 807 rechtsextreme Straftaten, darunter 54 Gewalttaten registriert. In absoluten Zahlen führt Nordrhein-Westfalen die Monats-Statistik an. Verglichen mit der Einwohnerzahl haben Brandenburg und Sachsen die meisten rechtsextremistischen Straftaten zu verzeichnen. *PM Petra Pau* ■

Mahnruf: Für einen 1. Mai ohne Nazis!

ROSTOCK. Die neonazistische NPD plant für den 1. Mai 2006 eine bundesweite Demonstration in Rostock. Ein breites Bündnis will verhindern, dass dieser Aufmarsch stattfindet. Sie haben einen Mahnruf verfasst, in dem es heißt:

Wem gehört der 1. Mai?

Als weltweiter Tag der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung steht der 1.Mai in der Tradition des Strebens nach Freiheit, Demokratie, Gleichberechtigung und sozialer Gerechtigkeit. Nazis haben bereits früher den 1.Mai für ihre dieser Tradition entgegengesetzten Ziele missbraucht. Am 1. Mai 1933 inszenierten die Nazis den „Tag der nationalen Arbeit“, am 2. Mai 1933 verboten sie die Gewerkschaften und verschleppten viele Mitglieder in KZs. Der Ausschaltung der Arbeiterparteien und Gewerkschaften folgten Judenverfolgung, Krieg und millionenfacher Massenmord. Nach der Befreiung 1945 forderten Überlebende die nachfolgenden Generationen auf, wachsam zu sein: Wehret den Anfängen! Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Den Nazis ihren Wahlkampfauftakt versalzen!

Im Herbst wird ein neuer Landtag gewählt. Die NPD will mit der „Großdemonstration“ am 1.Mai in Rostock ihren Landtagswahlkampf einläuten. ➔ *S. 4*

- Hessen: Heinrich Schendel
- Baden-Württemberg: Ludwig Göring, Georg Rauch und StAW Stuttgart
- Sachsen: Alfred Mathias Concina (Freiberg)

In Sant’Anna di Stazzema ermordete die SS-Einheit dieser Männer am 12. August 1944 560 Menschen. Am 22. Juni 2005 wurden zehn der Täter vom italienischen Militärgericht in La Spezia in Abwesenheit zu lebenslanger Haft verurteilt (die AN berichtete in verschiedenen Ausgaben). Doch in Deutschland verschleppt die Staatsanwaltschaft Stuttgart das Vorermittlungsverfahren.

Der akdistomo in Hamburg stellt sich hinter die Forderung der Überlebenden und Hinterbliebenen des Massakers von Sant’Anna und fordert die Anklageerhebung und Prozess gegen die Täter in Deutschland!

Bereits 1971 richtete die damals in Hamburg verbotene VVN als „Vereinigte Arbeitsgemeinschaft der Naziverfolgten e.V. Hamburg“ ein Schreiben an den Hamburger Senat und protestierte gegen die „Hinauszögerung der Ermittlungen als die Hamburger Methode, die anhängigen SS-Verfahren auf dem Weg der biologischen Amnestie zu erledigen“. Dreißig Jahre später und über 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus klingt das erschreckend aktuell.

kun (www.partigiani.de, Kontakt: santanna@gmx.net,) ■

Wir sprechen Nazis das Recht ab, ihre Hetze unter dem Schutz der Meinungsfreiheit zu verbreiten – Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Solidarität gegen Rassismus!

Die rassistische Hetze der NPD findet ihre tätliche Entsprechung in einer ungebrochenen Serie rechter Gewalt. Im Jahr 2005 hat die Opferberatungsstelle Lobbi e.V. 62 Übergriffe von Nazis in Mecklenburg-Vorpommern dokumentiert - Dunkelziffer unbekannt. Gegen Rassismus jeder Art setzen wir antirassistische Solidarität und die Forderung nach gleichen Rechten für alle hier lebenden Menschen. Wir widersetzen uns rassistischem Denken, egal wo und wie es sich offenbart.

Klare Positionen sind gefragt!

Wegsehen ist keine Lösung – Nazis verschwinden nicht dadurch, dass sich demokratische Kräfte verstecken und den Nazis die Straße überlassen. Es kann und darf nicht sein, dass Nazis am 1.Mai von einem Großaufgebot der Polizei geschützt durch Rostock marschieren und antifaschistischer Protest kriminalisiert wird. Viel wurde in den letzten Jahren über den Kampf gegen Rechtsextremismus geredet - getan wurde zu wenig: Wir fordern von der Landesregierung und der Stadt Rostock eine eindeutige Positionierung gegen den Aufmarsch und für antifaschistische Zivilcourage!
Wir rufen alle antifaschistischen und demokratischen Bürgerinnen und Bürger, Organisationen, Verbände, Gewerkschaften, Institutionen und Parteien in Stadt und Land auf, sich aktiv an Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch zu beteiligen:
• Gemeinsam gegen Faschismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus!
• Antifaschistische Zivilcourage zeigen - den Aufmarsch der NPD verhindern!

Erstunterzeichner/innen:
Bachmann, Sybille (Vors. Fraktion Rostocker Bund/AfR) – Blaudzun, Klaus (institut für neue medien) – Bunge, Martina (MdB, Die Linke) – Brock, Günther (Journalist, Mitglied KV WASG Rostock) – Cárdenas, Rubén (Vors. Talide e.V.) – Cüppers, Ralf (Arzt, DFG-VK) – Dörre, Karsten (Landesvorstand WASG) – Fuchs,Christel (Angestellte) – Fanning, Hiltgunt (Prorektorin für Studium und Lehre, FH Stralsund) – Geitmann, Peter (Bezirksvors. Ver.di - Rostock) – Hill, Renate (Geschäftsführerin Landesfrauenrat M.-V.) – Jelpke, Ulla (MdB, Die Linke) – Keiper, Manfred (andere buchhandlung) – Klähn, Martin – Kleiminger, Christian (MdB, SPD) – Klein, Rüdiger (IG Metall Rostock u. Schwerin, Geschäftsführer) – Kluger, Björn (Redaktion „Stadtgespräche“) – Koebe, Kristina (Übersetzerin) – Köppen, Peter (Historiker) – Krüger, Amandus (Geschäftsführer Volkssolidarität KV Bad Doberan/Rostock-Land) – Langer, Jens (Pastor i.R.) – Leuchter, Wolfgang (Regionalwissenschaftler, Kreisvorsitzender der Linkspartei.PDS) – Leypold, Markus E. (Dipl.-Phys.) – Maercker, Tom (Dipl.-Ing.) – Mahlburg, Fred (Pastor i.R) – Mannewitz, Cornelia (Slawistin) – Methling, Wolfgang (Umweltminister und Stellv.Ministerpräsident M-V, Stellv.Parteivors. Linkspartei.PDS) – Möller, Hartmut (Musikwissenschaftler, Vors. deutscher Tonkünstlerverband) – Oschwald, Ulrike (Supervisorin) – Rapp, Markus M. (Bildhauer) – Reis, Olaf (Psychologe) – Piontek, Steffen (Generalintendant) - Schädel, Monty (Erzieher, Bundessprecher DFG-VK) – Schmidt, Georg-Peter (Rentner) – Schnauer, Jutta (Pröpstin i.R.) – Schnauer, Arvid (Pastor i.R.) – Schultze,Tom (Projektkoordinator Mau-Club) – Speckin, Verina (Rechtsanwältin) – Spehr, Matthias (Filmemacher, Kulturpreisträger des Landes M.-V.) – Staszak, Heinz-Jürgen (Literaturwissenschaftler) – Vogt, Steffen (Sozialarbeiter, Asylbewerberhaus Rostock)

Kontakt:
AK Mahnruf c/o Rostocker Friedensbündnis, Jawaharlal-Neru-Straße 32, 18147 Rostock oder per e-mail: mahnruf@gmx.de ■

Kein Krieg gegen Iran – für eine politische Lösung!

Am Samstag, 18. März, an dem in vielen Städten Friedensgruppen zu einem Aktionstag gegen einen möglichen Krieg gegen den Iran aufgerufen hatten, erschien in der FR eine Anzeige, die von mehr als 800 Organisationen und Einzelpersonen unterzeichnet wurde. Wir dokumentieren den Text.

Die USA scheinen entschlossen, gegen den Iran einen Luftkrieg zu führen. Diesmal könnte es Washington gelingen, die EU vor ihren Kriegskarren zu spannen, wenn sich nicht die Bürgerinnen und Bürger dagegen zur Wehr setzen. Wir lehnen mit aller Entschiedenheit einen neuen Krieg ab.

Selbst wenn Teheran Atomwaffen anstrebte, die wir ebenso ablehnen, könnte der Iran auf absehbare Zeit niemanden mit Atomwaffen bedrohen, ungeachtet aller verbaler Attacken des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad, die wir scharf verurteilen. Eine friedliche politische Lösung ist also durchaus möglich. Die Vereinigten Staaten nutzen jedoch die iranischen Atomanlagen nur als Anlass für viel weiter reichende Ziele:

◗ Der Iran soll zu einer unbedeutenden Macht zurückgebombt werden, um Amerikas Vormachtstellung im Mittleren Osten weiter auszubauen. Deshalb ist zu befürchten, dass außer Atomanlagen auch die Infrastruktur des Landes, wie 1991 im Irak, wichtige Versorgungseinrichtungen wie Ölraffinerien und militärische Ziele bombardiert werden sollen.

◗ Durch Chaos und Zusammenbruch der Versorgung sollen Revolten der iranischen Bevölkerung mit all ihren ethnischen Minderheiten provoziert und das Islamische Regime durch ein US-freundliches ersetzt werden. Nachdem sie in Afghanistan und Irak militärisch präsent sind, zielen die USA auf die vollständige Kontrolle der Ölquellen und Transportrouten im gesamten Mittleren Osten.

Die US-Regierung scheut wegen eigener Hegemonialinteressen nicht davor zurück, den Weltfrieden zu gefährden und einen Flächenbrand in der Region zu riskieren.

Ein Krieg gegen Iran hätte fatale Konsequenzen nicht nur für die Völker im Mittleren und Nahen Osten, sondern auch für Europa. Neue ethnische Konflikte, Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten im Irak, Verwicklung Saudi-Arabiens und Syriens sind sehr wahrscheinlich.

Es muss auch mit der Blockade der Öltransportrouten und rasant steigenden Ölpreisen gerechnet werden. Nur Arbeitslosigkeit und Attentate hätten Konjunktur.
Nach den vielen Lügen Washingtons zur Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen den Irak braucht die US-Regierung für einen Krieg gegen Iran die moralische Legitimation, wenn nicht gar die Unterstützung der EU-Staaten. Diese Legitimation und Unterstützung darf es nicht geben!

Wir rufen daher Alle auf, sich mit Demonstrationen, Kundgebungen und Resolutionen gegen den geplanten Angriffskrieg der USA zu wehren. Wir, als ein Teil des weltweiten Protestes, wenden uns auch gegen die Drohung mit Krieg als dem sog. „letzten Mittel“. Krieg ist der große Terror. Wir wollen jedoch Deeskalation, Nichtangriffsgarantien und Gewaltverzicht.
Von der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin fordern wir mit Nachdruck:

◗ Unterlassen Sie jegliche Droheskalation, die unweigerlich in einen Krieg einmündet. Schließen Sie jede deutsche Unterstützung für einen Krieg gegen den Iran und erst recht eine deutsche Beteiligung daran unmissverständlich und grundsätzlich aus. Setzen Sie sich auch innerhalb der EU hierfür ein.

◗ Treten Sie ein für die Bildung einer Langzeit-Konferenz für Sicherheit und regionale Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten, die auch das Ziel verfolgt, dort – wie in der IAEO-Resolution vom 4. Februar 2006 hervorgehoben – eine Atomwaffenfreie Zone zu errichten, die Israel einschließt. Unternehmen Sie dafür schon jetzt erste Schritte.

◗ Treten Sie dafür ein, dass Atomwaffenstaaten ihre Verpflichtung zur Abrüstung ihrer Atomarsenale gemäß Artikel VI des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags endlich erfüllen.

www.uni-kassel.de/fb5/frieden/ ■

Eine Region wehrt sich!

Gegen Holocaust-Leugner, gegen Nazi-Aufmärsche und gegen Gewalt!

Aufruf des Bündnis gegen Rechts Mannheim:

Am Samstag, den 8. April 2006, wollen die „Freien Nationalisten Rhein-Neckar" eine bundesweite und große Demonstration angeblich für Presse- und Meinungsfreiheit durchführen. Diese jungen Nazis haben sich Mannheim als Ort ausgewählt, weil hier einer ihrer Vordenker Ernst Zündel vor Gericht steht.

Zündel ist angeklagt wegen Volksverhetzung, der Anstachelung zum Rassenhass sowie der Verbreitung rechtsradikaler Propaganda im Internet. So bestreitet er beispielsweise die Massentötung von Juden, Sinti und Roma durch Zyklon B in Auschwitz. Zündel und Co. leugnen oder relativieren den Holocaust, also die systematische Vernichtung von Millionen von Menschen in den Konzentrationslagern der Nazis, wofür Auschwitz als Synonym steht. Zündel und andere unverbesserliche Nazi-Größen, die in Haft sitzen, gefallen sich selbst in der Rolle der politisch unterdrückten „Kämpfer" für „Deutschlands Ehre". Sie treten gegen die in ihren Augen immer noch bestehende Fremdbestimmung durch die Alliierten des 2. Weltkrieges auf. Und sie geben sich als Opfer einer politisch motivierten Justiz aus. Über solche verqueren Ideologiekonstrukte betreiben diese alten Nazis den Schulterschluss mit jungen Nazis. Diese haben sich in so genannten „freien Kameradschaften" zusammengeschlossen und rekrutieren den Nazinachwuchs.

Für die Verbreitung von rassistischen Parolen und die Leugnung des Holocaust kann es keine Liberalität und keine Presse- und Meinungsfreiheit geben. Nicht umsonst ist die „Auschwitzlüge" ein Straftatbestand in Deutschland.

Wir wollen nicht wegschauen sondern offensiv und deutlich hörbar widersprechen und keine falschen Zugeständnisse machen. Die Leugnung der Naziverbrechen ist keine Meinungsäußerung, die eine Demokratie aushalten muss. Faschismus ist und bleibt menschenverachtend!

Diese Jungnazis haben die Rhein-Neckar-Region zu einer Hochburg für Nazi-Rock-Konzerte ausgebaut. Einzelne von ihnen verdienen sich eine goldene Nase an den Tonträgern mit Nazimusik. Sie wollen sich bei Grünstadt ein riesiges Grundstück mit Anwesen als eigene Versammlungsstätte erwerben. Dem müssen wir entschieden entgegentreten.

Wir verurteilen mit Nachdruck jede Form von Gewalt, Antisemitismus, Rassismus und Faschismus. Wir wehren uns dagegen, dass Menschen – gleich welcher Nationalität, Religion, ethnischer oder sonstiger Herkunft – durch Gewalt oder Diskriminierung verletzt oder beleidigt werden.

Wir wollen eine offene und eine demokratische Region sein, die Toleranz, Verständigung und ein gutes Miteinander mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern pflegt. Unsere Lehre aus der Nazi-Diktatur ist, dass wir jederzeit und gemeinsam gegen alte und junge Nazis aufstehen und dass wir uns auch mit der Geschichte auseinandersetzen. Zu Holocaust-Leugnern und Nazi-Aufmärschen dürfen und werden wir nicht schweigen.

Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger in der Region, überall und jederzeit gegen Gewalt, Fremdenhass, Antisemitismus und Rassismus Stellung zu beziehen und sich mit Zivilcourage einzumischen: einzeln und gemeinsam, in Aktionen, Veranstaltungen oder durch Gesten der Solidarität und Mitmenschlichkeit.

In unserer Region gibt es keinen Platz für Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Naziaufmärsche. Alle sind aufgerufen, in der Nachbarschaft, am Arbeitsplatz oder in Vereinen und Gruppen einen Beitrag zu leisten. In diesem Sinne unterstützen wir alle Initiativen in der Bürgerschaft, die aktiv für Toleranz, Liberalität und Offenheit einstehen. Wir appellieren vor allem an die Schulen und Hochschulen, an die Kirchen, Parteien, Jugendgruppen, soziale Institutionen, Sportvereine und kulturelle Einrichtungen, jedem Ansatz von Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt entschieden entgegenzutreten. Wir unterstützen Veranstaltungen, Diskussionen und Begegnungen, um sich mit den Ursachen und Motiven von rechter Gewalt, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus zu befassen.

Alle sind aufgerufen, sich an der gemeinsamen und friedlichen Kundgebung und Demonstration gegen den Nazi-Aufmarsch am 8. April in Mannheim zu beteiligen und die vielfältigen weiteren antifaschistischen und gewaltfreien Aktionen zu unterstützen.

Die Kurpfalz: offen, tolerant und demokratisch! Keine Chance für Fremdenhass, Gewalt und Holocaust-Leugner! Kein Naziaufmarsch am 8. April!

Bündnis gegen Rechts (1)
c/o DGB Mannheim, Hans-Böckler-Straße, 68161 Mannheim ■

(1) Dieser Aufruf wird von vielen Einzelpersonen und fast 70 Organisationen unterstützt.

Junge Nationale drohen Markt der Kulturen

Pirna. Der SPD-Abgeordnete Ulrich Kimmel sorgt sich um die Sicherheit des „Marktes der Kulturen". Der findet am 20. Mai in Pirna statt. Kimmel stellte deshalb zwei Anträge. Er forderte, dass der Stadtrat in seiner nächsten Sitzung darüber beraten soll, wie der Markt der Kulturen geschützt werden kann. Außerdem stellte er den Antrag, dass der Stadtrat den NPD-Mann Mirko Liebscher auffordern soll, sein Mandat niederzulegen. Auslöser waren für Kimmel Texte, die derzeit im Internet veröffentlicht werden. In einem der Beiträge wird eine Störung des Marktes der Kulturen angedroht. Ziel des Marktes ist es unter anderem, verschiedene Menschengruppen zusammenzubringen, um so mehr über andere Länder und Kulturen zu erfahren sowie für Verständnis und Toleranz zu werben. In ihren Internettexten rufen die JN zum Beispiel zu unorganisierten Einzelaktionen auf. Außerdem kündigen sie an, dass beim diesjährigen Markt „mehr Besucherandrang abzusehen ist, als den Betreibern lieb sein dürfte."

„Diese Texte sind eine unverholene Drohung", so Kimmel. Reaktionen zu seinem Antrag zur Mandatsniederlegung Liebschers gab es nicht. OB Ulbig will die Anträge prüfen.

Quelle: Sächsische Zeitung, 2. Februar 2006 ■

Verwaltungsgericht Karlsruhe bestätigt Berufsverbot gegen antifaschistisch engagierten Lehrer

Das Verwaltungsgericht Karlsruhe hat am Montag, den 13.3.2006 bekannt gegeben, dass die Klage des Heidelberger Realschullehrers Michael Csaszkóczy gegen das über ihn verhängte Berufsverbot abgewiesen wird.

Obwohl in der Verhandlung am 10.3.2006 sowohl vom Schulamt als auch vom Gericht keinerlei Hinweise für ein irgendwie geartetes Fehlverhalten behauptet wurden und ihm sogar „Friedfertigkeit und Zivilcourage gegen Rechtsextremismus“ attestiert wurden, betrachtet das Verwaltungsgericht das Berufsverbot als legitime Maßnahme des Kultusministeriums.

Wegen seiner Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg wird Csaszkóczy seit Anfang des Jahres 2004 untersagt seinen Beruf auszuüben. Zahlreiche Menschenrechtsgruppen sowie die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft verurteilten diese Maßnahme als nicht zu rechtfertigende politische Einschüchterungsmaßnahme.

Das Solidaritätskomitee gegen das Berufsverbot betrachtet das Urteil des Verwaltungsgerichts als ein fatales Signal gegen Menschenrechte, Demokratie und Meinungsfreiheit. Wir rufen zur Teilnahme an der Demonstration gegen Berufsverbote am 25.3.2006 in Karlsruhe auf.

Michael Csaszkóczy wird mit Unterstützung der GEW Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen.

Solidaritätskomitee gegen das Berufsverbot ■

Prozessbeobachter Rolf Gössner Internationale Liga für Menschenrechte:

Liga-Präsident Dr. Rolf Gössner, der auch im Auftrag des Komitees für Grundrechte und Demokratie und des Republikanischen Anwältinnen- und Anwaltsvereins den Prozess beobachtet hat, zu dem Urteil: „Das Gericht hat es versäumt, der berüchtigten Berufsverbotspraxis früherer Jahrzehnte einen Riegel vorzuschieben und hat stattdessen im Ergebnis ein mehr als zweifelhaftes Berufsverbot gerichtlich abgesegnet.“ Mit dieser Entscheidung werde einem qualifizierten Bewerber für den Schuldienst wegen seines antifaschistischen Engagements und seiner politischen Gesinnung der Weg in den Schuldienst weiterhin versperrt. Zwar sind die Urteilsgründe noch nicht bekannt.

Doch für Prozessbeobachter ist während der mündlichen Verhandlung deutlich geworden, dass dem betroffenen Kläger persönlich keinerlei Fehlverhalten oder gar verfassungsfeindliches Verhalten vorgeworfen wird – im Gegenteil: Ihm wurde vor Gericht bescheinigt, Zivilcourage und Engagement gegen Rechtsextremismus zu zeigen, persönlich friedliebend und für seinen Beruf bestens qualifiziert zu sein. Allein seine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg wird ihm zum Vorwurf gemacht, weil diese vom Verfassungsschutz beobachtet und als „linksextremistisch“ eingestuft wird – „im Zweifel also gegen den Lehramtskandidaten, dessen weitere Lebensperspektive und Berufskarriere mit diesem in der Bundesrepublik einzigartigen Berufsverbot erheblich beschädigt werden“, sagte Rolf Gössner.

GEW Hessen:

„Ich bin mir sicher, dass dieses Urteil keinen Bestand haben wird. Offenkundig hat das Gericht kurz vor der Landtagswahl ein politisches Urteil gefällt, das rechtsstaatliche Maßstäbe vermissen lässt“, kommentierte der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Jochen Nagel.

Die GEW Hessen war als Prozessbeobachter bei der Verhandlung am 10. März 2006 anwesend.

„Die Nichteinstellung von Michael Csaszkóczy verstößt gegen das Grundrecht auf Meinungsfreiheit und Berufsfreiheit“ erklärte Carmen Ludwig, stellvertretende Landesvorsitzende der GEW Hessen. „Wir werden auch weiterhin alles dafür tun, dass Michael Csaszkóczy in den Schuldienst Übernommen wird“, so Carmen Ludwig

GEW Baden-Württemberg:

„Wir werden Csaszkóczy auch weiterhin bei seinem Kampf für Meinungsfreiheit unterstützen. Zuerst ist aber jetzt die Politik gefragt. Wir erwarten von Ministerpräsident Günther Oettinger und Kultusminister Helmut Rau noch vor der Landtagswahl am 26. März eine klare Aussage, ob sie dieses undemokratische und antiquierte Mittel ihrer Amtsvorgänger weiter anwenden wollen. Es darf nicht sein, dass Lehrerinnen und Lehrer bei politischem Engagement mit Sanktionen rechnen müssen“, sagte am Montag (13.03.) in Stuttgart Rainer Dahlem, Landesvorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). 1995 wurden Berufsverbote vom Europäischen Gerichtshof für menschenrechtswidrig erklärt. In Baden-Württemberg gab es zwischen 1983 und 1993 noch zwölf Ablehnungen für Lehramtsbewerber aus politischen Gründen, danach war Csaszkóczy der einzige Fall.

Die GEW unterstützt Csaszkóczy bei seiner Klage und will erreichen, dass die rechtlichen Grundlagen des so genannten „Radikalenerlasses“ aus dem Landesrecht gestrichen werden.

Tobias Pflüger (baden-württembergischer Europaabgeordneter der Linksfraktion (GUE/NGL):

„Das Gericht verletzt damit auch das im EU-Vertrag festgeschriebene Recht auf freie Berufswahl und das EU-Diskriminierungsverbot.

Zugleich ist das Urteil ein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, in der die Berufsfreiheit garantiert ist. Bereits 1995 wurden Berufsverbote vom Europäischen Gerichtshof für menschenrechtswidrig erklärt.

Berufsverbote waren schon in der Hochphase nach dem so genannten Radikalenerlass ein Skandal, heute sind Berufsverbote mehr denn je völlig fehl am Platz. Es ist ein Weg zurück in eine düstere Vergangenheit.

Die heutige Bundesbildungsministerin Annette Schavan hat sich mit dem Berufsverbotsverfahren gegen Michael Csaszkóczy in Baden-Württemberg in bleibende Erinnerung gebracht, sie ist wesentlich verantwortlich für das Verbauen seiner Lebensperspektiven.“

Bundesweite Demonstration gegen Berufsverbote am 25. März in Karlsruhe, Kronenplatz, 12.00 Uhr

Zoff um eine Homepage

Dass politische Auseinandersetzungen und ideologische Kämpfe heutzutage auch im Internet und mit den Mitteln der modernen Kommunikationstechnologien ausgetragen werden, ist eine simple Feststellung. Nicht banal ist dagegen der Rechtsstreit, der jüngst zwischen dem rechtsextremen Front National (FN) und der bisher als rechtskatholisch und ultrakonservativ geltenden Kleinpartei Mouvement pour la France (MPF, „Bewegung für Frankreich") tobte. Über ihn hatte ein Pariser Gericht zu entscheiden, dessen Urteil am 13. März fiel. Dabei ging es um einen Auftritt im Internet.

„Es gibt 5.000 Blautöne, aber es ist just das Blau des Front National, das der MPF für seine Webpage benutzt. Dasselbe gilt für den Schrifttyp" behauptet Wallerand de Saint-Just, der Rechtsanwalt des FN. Er hatte einen Eilantrag auf Erlass einer Einstweiligen Verfügung gegen die rechte Konkurrenz gestellt. Doch dieser wurde am Montag, 13. März durch die Pariser Zivilkammer abgewiesen.

Sehr zum Missfallen des FN und seines Anwalts. Und tatsächlich ist es schwierig, die Gemeinsamkeiten zwischen den Homepages beider Rechtsaußenparteien zu verkennen: Identische Schriftgröße, identischer Aufbau mit einander gleichenden Themenleisten, und eben auch derselbe Blauton. Musste der MPF, der sich erst seit vorigem Jahr ernsthaft im Parteiaufbau – am äußersten Rande des konservativen Lagers – befindet und dabei eifrig klassische rechtsextreme Themen bedient, derart deutlich unterstreichen, dass er das Publikum des Front National zu gewinnen trachtet?

Nicht nur bisherige Wähler, sonndern auch frühere Mitglieder und bis vor kurzem aktive Kader der Partei von Jean-Marie Le Pen möchte er erklärtermaßen gewinnen. Diese Ambition verheimlicht der MPF-Vorsitzende und Graf Philippe de Villiers nicht nur nicht, sondern er strich sie bei mehreren Anlässen offen heraus.

Personalidentität

Die Affäre um die Homepage ist da nur ein sichtbares Symptom. Sie hat im Übrigen einen bezeichnenden Hintergrund: Es ist nämlich so, dass der Webmaster des MPF nicht einfach jenen des Front National einfallslos nachgeahmt hat. Sondern es handelt sich um ein und dieselbe Person: Romain Létang, der die Homepage Front-national.com entworfen hatte, ist mitsamt seinem handwerklichen Können zum MPF übergelaufen. „Wenn ein Künstler zwei Bilder malt, dann gibt es einige Ähnlichkeiten (zwischen beiden). Es handelt sich um das geistige Eigentum des Autors. Die Führungsleute des Front National sollten sich lieber fragen, warum ihre Kader sich einer Partei (Anm.: dem MPF) anschließen, die dynamisch die Nation und Volk verpflichteten Ideen vertritt", argumentierte dazu der 29-jährige Generalsekretär der Villiers-Partei, Guillaume Peltier.

Der junge Mann weiß, wovon er spricht: Bevor er zum hauptsächlichen, wichtigsten Mitarbeiter von Philippe de Villiers wurde, war er (von 1998 bis 2001) Mitglied der FN-Jugendorganisation, des Front national de la jeunesse (FNJ). (Vgl. dazu ‚Le Monde' vom 17. März 06, die ihm und seiner Karriere eine volle Seite widmet.) Später trat er zu den Rechtskatholiken über. Wie einige mehr oder minder hochrangige Kader der Partei Le Pens vor und vor allem nach ihm – beispielsweise der letzte FN-Bürgermeister einer Stadt mit mehr als 10.000 Einwohnern, Jacques Bompard, Rathauschef im südfranzösischen Orange, der Ende vorigen Jahres zum MPF übertrat. Vergangene Woche ist jetzt auch das letzte Kommunaloberhaupt überhaupt, das zum FN zählte, aus der rechtsextremen Partei ausgetreten: Marie-Christine Bignon, Bürgermeisterin in Chauffailles, einer kleineren Kommune auf halbem Wege zwischen Lyon und Dijon. Die Kleinunternehmerin, die Bompard nahe steht, hatte seit 1987 dem FN angehört. „In den kommenden Tagen", so meldete ‚Le Monde' vom 10. März 06, werde sie auch dem MPF beitreten.

In der Vergangenheit hatte es der Front National geschafft, mit zwei unterschiedlichen Diskursmustern ein jeweils anderes Publikum anzusprechen. Auf der einen Seite bediente er mit einer Mischung aus Ablehnung von „zu viel" Sozialstaat, Steuern und staatlicher Unterhaltspflicht für Arme sowie einer rassistisch unterlegten Abweisungshaltung gegenüber Zuwanderung ein Milieu, das eher den konservativen Mittelschichten und dem Kleinbürgertum entstammte. Andererseits sprach er, verstärkt nach 1989, mit einem sozialdemagogischen Programmdiskurs und antisemitisch unterfütterten Pseudo-Antikapitalismus nunmehr auch Teile der sozialen Unterschichten und ehemalige Linkswähler an. Berührungsflächen mit konservativen Kreisen gab es dabei vor allem in der Zuwanderungsfrage und bei einem antiarabischen Rassismus, der sich in einigen Milieus auch stark aus der Erinnerung an den Algerienkrieg speist. Kaum möglich war die Verständigung des FN mit eher bürgerlichen Rechten dagegen bei Fragen wie dem Antisemitismus und der Holocaust-Relativierung, die zumindest von Einigen in der Partei betrieben wird. Vor allem die erstgenannte Hälfte des FN-Publikums wird nun aber verstärkt vom MPF umworben, der sich als Scharnier zum konservativen Flügel der politischen Klasse anbietet und damit Aktivisten auch scheinbar Aufstiegschancen bietet.

Nehmen Sie lieber Antisemitismus, oder darf's etwas mehr antiarabischer Rassismus sein ?

An der Demonstration am 26. Februar 2006 im Zusammenhang mit der Ermordung eines 23-jährigen jüdisch stämmigen Verkäufers durch eine Bande, die ihn zuvor im südlichen Umland von Paris entführt hatte, versuchten sowohl Philippe de Villiers als auch einzelne FN-Vertreter teilzunehmen. MPF-Chef de Villiers versuchte sich in die erste Reihe zu stellen. Von dort wurde er aber durch Anhänger antirassistischer Organisationen wie SOS Racisme, welche die Demonstration mit organisiert hatte, vertrieben. Philippe de Villiers ging es an jenem Tag vor allem darum, die Empörung über den grausamen Mord gegen die Bevölkerung der Vorstädte mit Migrationshintergrund – aus der viele, aber nicht alle der mittlerweile verhafteten Bandenmitglieder stammen – zu kehren und rassistisch umzupolen.

In der rechtsextremen Presse, die dem Front National nahe steht, führten die Demo und die Zwischenfälle dagegen zu unterschiedlichen Bewertungen. Die Wochenzeitung ‚Minute', die ein Scharnier zwischen Rechtskonservativen und dem Spektrum rund um den FN bildet, begrüßte die – anonym gebliebene – Teilnahme einiger FN-Regionalparlamentarier an der Demo vom 26. Februar.

Ihr zufolge gebe es Anzeichen dafür, „dass die antirassistische Front Risse bekommt" (so die Titelschlagzeile) und es gelingen könne, sie zu spalten. Die in Frankreich lebenden Juden müssten in ein Bündnis gegen arabischstämmige Einwanderer und zur Verteidigung des Westens, des Abendlands integriert werden. (Ausgabe vom 1. März 06)

Dagegen höhnt in der FN-eigenen Wochenzeitung ‚National Hebdo' (Nummer vom02. März) zumindest eine prominente Autorin, die regelmäßig unter dem Pseudonym ‚Topoline' veröffentlicht, in höchst ironischen Formulierungen über die „pseudo-religiöse Bittprozession" gegen den Antisemitismus. Ihr zufolge ist es zweifelhaft, ob dem Verbrechen der Vorstadtbande Antisemitismus zugrunde liege und dieser das wirkliche Problem darstelle. Den Hinauswurf de Villiers' betrachtet sie als Manifestation einer (unausgesprochen: jüdischen) „Konfessionspolizei", während dieser in Wirklichkeit durch nicht-jüdische Antirassisten vorgenommen wurde.

Beide Zeitungen spotten unterdessen über Philippe de Villiers, der einen „Mediencoup" habe landen wollen, indem er sich allzu demonstrativ an der Spitze der Demo zu platzieren suchte.

Bernhard Schmid, Paris ■

Militante Neofaschisten betätigen sich als Streikbrecher

In Frankreich weitet sich die Bewegung gegen den so genannten „Ersteinstellungsvertrag“ oder Contrat première embauche (CPE) in den letzten Wochen rapide aus. Beim CPE handelt es sich um einen Sondervertrag, der eine zweijährige kündigungsschutzlose Periode nach Eintritt in das Arbeitsverhältnis beinhaltet. Er stellt dabei nur ein Glied in einer längeren Kette von Sonderbestimmungen dar: Der Regierung geht es darum, durch die Vervielfachung von Sonderverträgen geltende arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen und insbesondere den Kündigungsschutz auszuhebeln. Näheres über die Proteste selbst und ihren Gegenstand kann, vom Autor dieser Zeilen, regelmäßig auf Labournet nachgelesen werden (Special zur Anti-CPE-Bewegung unter: http://www.labournet.de/internationales/fr/cpe.html).

Seit über einer Woche ist nun auch die extreme Rechte bzw. ihr militanter Flügel aktiv – aber mit dem Ansinnen, die Proteste zu brechen. Dabei sind ihre jungen Anhänger selbst über die Einschätzung des CPE äußerst gespalten. Dessen Einführung wurde durch den Chef der rechtsextremen Partei Front National, Jean-Marie Le Pen, in einem Kommuniqué vom 8. Februar 2006 prinzipiell begrüßt, obwohl er darin zugleich die Maßnahme „angesichts eines unbezahlbar gewordenen französischen Sozialsystems“ als schwächliches Reförmchen abtat. (Das Kommuniqué vom 8. Februar findet sich, leicht kommentiert, unter folgender Adresse auf der Homepage einer antifaschistischen Gewerkschafterinitiative: http://isa.isa-geek.net/article.php3? id_article=27 .)

Doch die Jugendorganisation der Partei scheint zerstritten, zumal mindestens ein Teil ihrer Anhänger nicht aus sozial besser gestellten Kreisen kommen dürfte und daher potenziell betroffen ist. Aber anscheinend stellt man zumindest in einem Teilbereich des rechtsextremen Spektrums das Kalkül auf, dass man in einer Situation starker Polarisierung Sympathien beim konservativen und streikfeindlichen Teil der Studierenden einheimsen könne, wenn man sich als die konsequentesten Streikgegner erweise.

Auch die rechte Studentenorganisation UNI macht kräftig gegen den Streik Stimmung, allerdings ist ihr eine reale Mobilisierung breiterer Kreise bisher nicht gelungen.

Gewalttätige Eingriffsversuche

Bereits am Dienstag abend (14. März 06) waren mehrere Dutzend Anhänger der Neonaziorganisation „Bloc identitaire“

Protest in Paris am 18.3.06

vor der geschlossenen, aber von Protestierenden umstandenen Sorbonne aufgetaucht. Unter anderem mit dem Ruf „Parasiten raus aus den Unis!“ griffen sie Anwesende körperlich an. Die militanten Neofaschisten wurden am Dienstag abend durch die CRS-Einheiten zerstreut, aber es wurden keinerlei Verhaftungen in ihren Reihen vorgenommen. Im Anschluss konnten die auseinander gelaufenen Rechtsextremen sich noch in unmittelbarer Nähe des Hauptquartiers der Pariser Polizei sammeln, um ein Gruppenfoto unter der Statue von „Karl dem Großen“ (zwischen der Kathedrale Notre Dame und der Polizeipräfektur) aufzunehmen, wie die Tageszeitung ‚Libération‘ am folgenden Tag bemerkte.

Am Donnerstag abend (16. März) tauchten erneut militante Neofaschisten, rund 80 an der Zahl, mit Helmen und Schlagstöcken bewaffnet im Quartier Latin, dem Stadtviertel rund um die Sorbonne, auf. Sie riefen unter anderem wiederum Parolen gegen Linke („Linksradikale, gebt unsere Unis frei!“) und „Parasiten“. Dabei verfolgten sie auch einzelne Demonstranten oder Randalierer und schlugen zu. Erstmals kam es auch in ihren Reihen zu Verhaftungen. Letztere wurden durch Innenminister Nicolas Sarkozy jedoch genutzt, um ein Amalgam anzurühren und vor laufenden Kameras zu behaupten, es seien „Links- und Rechtsradikale sowie Rowdys aus den Banlieues“ verhaftet worden. Dadurch sollte der Eindruck erweckt werden, Mitglieder gegensätzlicher politischer Lager fänden sich auf verwirrende Weise in dem Protest oder den im Anschluss an manche Demos nachfolgenden Krawallen wieder. Das ist jedoch absolut unzutreffend: Kommen Anarchos und manche Banlieue-Kids vielleicht, um Auseinandersetzungen mit der Polizei zu suchen, so ist es das ausschließliche Ziel der Neofaschisten, Protestierer zu schlagen. Am Freitag vormittag befanden sich noch insgesamt 77 Festgenommene „aus unterschiedlichen Lagern“ in polizeilichem Gewahrsam, nachdem am Abend und in der Nacht zuvor insgesamt 187 Festnahmen in Paris (und annähernd 300 frankreichweit) erfolgt waren. Nur eine Minderheit von ihnen dürften Rechtsextreme gewesen sein. Große Überraschung: Unter diesen Verhafteten befand sich auch der „Direktor“ (so lautet sein Titel) des Front national de la jeunesse (FNJ), also der offiziellen Jugendorganisation des Front National, namens Alexandre Ayroulet. Er blieb bis am Freitag um 17 Uhr in Polizeigewahrsam. Seine Festnahme, und Freilassung nach knapp 24 Stunden, wurde auch durch ein Kommuniqué des FN hochoffiziell bestätigt. Natürlich wird Alexandre Ayroulet darin als unschuldiger Politmärtyrer hingestellt. Aber Fakt ist, dass dieses Dokument belegt, dass er sich unter den rechtsextremen Militanten befand – und dass er sich im Umfeld der Demonstration bzw. der Örtlichkeiten der späteren Anarcho-Aktivitäten herumtrieb. (Das Kommuniqué findet sich hier: http://vox-fn.hautetfort.com/archive/2006/03/17/alexandre-ayroulet-est-libre.html .)

An der Universität Toulouse-1, einer sehr konservativ geprägten Universität für Juristen und Sozialwissenschaftler, kam es am Donnerstag, 16. März ebenfalls zu ähnlichen Zwischenfällen. Die Hochschule Toulouse-1 hatte am Mittwoch zum ersten Mal überhaupt (denn das hatte es dort auch im Mai 1968 nicht gegeben!) per Mehrheitsvotum einer studentische Vollversammlung für die Blockade gestimmt. 449 Stimmen wurden dafür abgegeben, 322 dagegen. Man soll also nicht behaupten, die Gegner hätten sich nicht ausdrücken können! Aber am Donnerstag früh um 7.45 Uhr überfielen rund 25 mit Eisenstangen bewaffnete Rechtsextreme die Streikposten. Laut „Le Monde“ in ihrer Freitagsausgabe handelte es sich überwiegend um „Studenten dieser Universtität, die schon vorher für ihre extremistischen Positionen bekannt waren“. Demnach begrüßten oder ermutigten auch einige anwesende Professoren die Angreifer ungeniert und offen, wie auch der Präsident der Hochschule feststellte und anscheinend beklagte („Einige Hochschullehrer haben sehr wenig Zurückhaltung an den Tag gelegt“). Gegen 9 Uhr früh verließen die rund 100 anwesenden Besetzer/innen das Hochschulgelände, um noch gewalttätigere Zwischenfälle zu vermeiden. Am Donnerstag tagsüber beschloss der Universitätspräsident Henry Roussillon daraufhin, die administrative Schließung der Hochschule anzuordnen.

Bernhard Schmid, Paris ■

Sinti und Roma: Vergessene Opfer des Faschismus

Sinti und Roma wurden im Nationalsozialismus verfolgt, misshandelt, deportiert, vernichtet. Ihr Schicksal glich dem der verfolgten Juden. Im öffentlichen Gedenken kommen sie aber kaum vor. Sie werden neben der großen Opfergruppe der Juden oft ignoriert. Und ihr Leid dauert weiter. Denn die Überlebenden haben oft keine oder sehr geringe Entschädigungen bekommen und erhalten bis heute zu wenig Unterstützung, um sich in die Gesellschaft gleichberechtigt eingliedern zu können.

Im Hof des Sammellagers Hohenasperg, Mai 1940

Am 25. Januar 2005 veranstaltete der Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Baden-Württemberg im Stuttgarter Gewerkschaftshaus eine Tagung „Antiziganismus in Europa – Antiziganismus in der Region, Gegenwart – Gegenstrategien“. Hier wurde berichtet, in welchen Formen Sinti und Roma auch heute noch diskriminiert werden. Immer noch wird das Schimpfwort „Zigeuner“ gebraucht, wodurch sich die Überlebenden beleidigt fühlen. Im sogenannten Brauchtum an Fasnacht, Fasching oder Karneval wird das Bild des „Zigeuners“ abwertend eingesetzt. Fahrende Familien werden auf Campingplätzen vertrieben und der Aufenthalt verweigert. Sinti und Roma wird das Asylrecht verweigert und sie werden in osteuropäische Staaten abgeschoben, wo ihnen die materielle Lebensgrundlage entzogen wird, wo sie ausgeschlossen sind von schulischer und beruflicher Bildung, wo sie aus den Städten vertrieben werden und gewaltsame Übergriffe alltäglich sind. Die bei uns wohnenden Sinti und Roma leben in deutlich schlechteren sozialen Verhältnissen als der Durchschnitt der Bevölkerung. Ihre Sprache, ihre Kultur und Kunst wird nicht anerkannt. Da die Großeltern und Eltern, Überlebende der Verfolgung im Faschismus, keine Schulen besuchen und keinen Beruf lernen konnten, können sie ihre Kinder nicht ausreichend unterstützen beim Bildungserwerb. In den Schulen ist ihre Kultur nicht bekannt und sie werden nicht entsprechend unterstützt und gefördert. Ganz alltägliche Dinge machen oft Probleme. So berichtet eine Mutter, dass sie ihr Kind nicht mit ins Schullandheim gehen lassen will. Aufgrund ihrer Kultur und der traumatischen Erfahrungen der Familie soll es nicht „bei Fremden“ übernachten. Das verstehen Lehrer und Schulbehörden nicht.

Nur zu oft werden die Sinti und Roma auch von den Antifaschisten und Antifaschistinnen vergessen. Zwei Tage nach der Veranstaltung der Sinti und Roma fand am gleichen Ort im Gewerkschaftshaus die Ausstellungseröffnung zum Gedenken an die jüdischen Kinder statt, die mit der Reichsbahn in die KZs transportiert wurden. Diese Veranstaltung war sehr anrührend und zugleich aufrührend zum Gedenken und zum Widerstand gegen alles Unrecht. Ein Hinweis auf die deportierten Kinder der Sinti und Roma kam im Konzept nicht vor. Auch in den Materialien der Stiftung Geisstraße bzw. des Vereins Zeichen der Erinnerung kommt die Verfolgung der Sinti und Roma nicht vor.

Der Weg zum Bahnhof in Asperg, 22. Mai 1940

Sinti und Roma verstehen ihre Organisation als Bürgerrechtsbewegung. Die Schwerpunkte sind:

- Protest und Aktionen gegen polizeiliche Sondererfassung und Übergriffe,
- Aktionen gegen die Etikettierung vom „Zigeuner“ über „Landfahrer“ zum „HWAO“ (häufig wechselnden Aufenthaltsort),
- Aktionen gegen die althergebrachte Propaganda gegen Minderheiten als „Verbrecherbanden“ und „Seuchengefahr“,
- weitere Bürgerrechtsarbeit z.B. gegen diskriminierendes Unterrichtsmaterial und Desinformation über die Geschichte und Kultur der Minderheit.

Der Verband der Sinti und Roma sieht seine Hauptaufgaben

- in der Aufarbeitung und Dokumentation der historische Ereignisse der Verfolgungsgeschichte von Sinti und Roma auf lokaler und regionaler Ebene sowie in der Gedenkstättenarbeit in Baden-Württemberg,
- in der Bürgerrechtsarbeit, d.h. der umfassenden gesellschaftlichen Vertretung der Sinti und Roma sowie als Ansprech- und Vermittlungspartner gegenüber allen gesellschaftlichen Institutionen und Einrichtungen,
- in der Öffentlichkeitsarbeit gegen Diskriminierung und Benachteiligung von Sinti und Roma,
- im sozialen Bereich in der Beratung und Einzelfallhilfe,
- im Bildungsbereich in der schulischen, beruflichen und politischen Bildung sowie Erwachsenen- und Weiterbildung,
- in der kulturellen Arbeit, d.h. in der Rekonstruktion und der Bewahrung der im Nationalsozialismus zerstörten Kultur der Sinti und Roma,
- in der Förderung und Entwicklung einer eigenständigen kulturellen Identität sowie in der Entwicklung eines interkulturellen Dialogs mit der pluralistischen Mehrheitskultur.

Für alle, die dieses Anliegen unterstützen wollen, gibt es Material und Information beim Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg, U3, 14, 68161 Mannheim, Tel. 06 21/156 96 45, www.sinti-roma-bawue.de.

Über das Schicksal der Sinti und Roma gibt es eine Ausstellung: … weggekommen – Abschied ohne Wiederkehr. Die Bilder auf dieser Seite sind Beispiele aus der Ausstellung. Die Ausstellung kann von Vereinen und Schulen entliehen werden. Der Landesverband der Sinti und Roma bietet Referenten und Vorträge für ein Begleitprogramm an. *ulk* ■

... weggekommen

Sudetendeutsche Landsmannschaft sucht neue Konfrontation

In zahlreichen Städten der BRD finden zurzeit Veranstaltungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum sog. „Tag der Selbstbestimmung“ statt. Die Formel für die Anheizung antitschechischer Emotionen bei diesen Veranstaltungen wurde von der SL-Spitze bereits Ende letzten Jahres vorgegeben. Sie lautet: „Die kollektiven Massenvertreibungen von über 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat waren keine ‚Kollateralschäden des Zweiten Weltkrieges’, sondern eiskalte ethnische Säuberungen, um Grenzen zu verschieben und ethnisch reine Staaten zu begründen.“ So beispielsweise der SL-Vorsitzende Bernd Posselt (MdEP-CSU) am 11. November 2005 in Schwandorf (Oberpfalz).

Damit hat eine neue Kampagne gegen Tschechien begonnen. Sie wurde Ende November von der SL-Bundesversammlung beschlossen und soll offenbar einen noch aggressiveren Ton anschlagen als die Kampagne, die im Wahljahr 2002 hochgekocht und bis zum EU-Beitritt Tschechiens 2004 am Kochen gehalten wurde. Nach dem Gedenkjahr 2005, in dem der Befreiung vom deutschen Faschismus und der Opfer der NS-Verbrechen gedacht wurde, soll 2006 bundesweit an einen angeblichen „Völkermord an den Sudetendeutschen“ erinnert werden. An der Sitzung, bei der die SL-Bundesversammlung (nach eigenem Verständnis das „Exilparlament der sudetendeutschen Volksgruppe“) dies beschloss, nahm als Ehrengast der bayerische Innenminister Günther Beckstein (CSU) teil. Laut Bericht der Sudetendeutschen Zeitung bezeichnete Beckstein in seiner Ansprache „die Beneš-Dekrete als ‚Knackpunkt’ im deutsch-tschechischen Verhältnis. Hinzu komme, dass die tschechischen Mörder und Menschenschinder der Nachkriegsjahre immer noch unbehelligt geblieben bzw. straffrei gestellt seien. Dies sage er vor dem Hintergrund des Gedenkens an die Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozesse, die vor 60 Jahren begonnen hätten“.

Relativierung der NS-Verbrechen und Delegitimierung der Tschechischen Republik

Was für ein Vergleich! Auf der einen Seite die staatlichen Planer und Strategen von Weltkrieg II und Holocaust, die in Nürnberg angeklagt und verurteilt wurden – auf der anderen Seite Menschen, die 1945 nach Jahren des Besatzungsterrors ihren Hass auf die Nazis nicht zügeln und dabei nicht unterscheiden konnten zwischen schuldigen und unschuldigen Deutschen. Oder auch Menschen, die die zeitliche Lücke zwischen dem Zusammenbruch der Besatzungsmacht und der Wiederherstellung der tschechoslowakischen Staatsmacht zu kriminellen Taten ausnutzten.

Aber Beckstein will eben genau das sagen: dass die „Vertreibung“ der Sudetendeutschen keine Folge des Krieges und der NS-Verbrechen gewesen sei, sondern ein von Edvard Beneš, dem ersten Außenminister und späteren Präsidenten der 1. Tschechoslowakischen Republik, schon seit der Staatsgründung 1918/19 eiskalt geplanter Völkermord. In Kreisen der Landsmannschaft wird Beneš, während der deutschen Besatzung Kopf der tschechoslowakischen Exilregierung in London und nach seiner Rückkehr 1945 provisorischer Staatspräsident, als Dämon und Massenmörder beschimpft und nicht selten ganz offen mit Hitler auf eine Stufe gestellt. So heißt es beispielsweise in einer Besprechung des jüngsten „Doku-Romans“ von Sidonia Dedina „Der Pyrrhussieg des Edvard Benesch“ in der Sudetendeutschen Zeitung vom 20.1.2006: „Doch so, wie ein Heinrich Himmler, ein Hermann Göring oder Joseph Goebbels das kranke Hirn eines Adolf Hitler brauchten, um die Judenvernichtung, dieses Projekt des epochalen Horrors, voranzutreiben, so brauchten Nosek* & Co. ebenfalls ein pervertiertes Hirn als Antreiber, um die Vertreibung der Sudetendeutschen … in dieser Form durchführen zu können. Dieses Hirn war nachweislich Beneš.“

Edvard Beneš

Das Buch, eine Fortsetzung von „Benesch, der Liquidator – Dämon des Genozids an den Sudetendeutschen und Totengräber der tschechoslowakischen Demokratie“ derselben Autorin, wurde am 21. November im Sudetendeutschen Haus in München in Anwesenheit von SL-Chef Posselt vorgestellt. Herausgeber beider Bücher ist Hans Mirtes, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sudetendeutscher Lehrer und Erzieher, Chef der „Studiengruppe Erbland Sudetenland“ und Mitgründer der „Sudetendeutschen Initiative“, die die Entschädigungsklagen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte betreibt und damit vor einigen Wochen abgewiesen wurde. Mirtes wurde Anfang 2005 zusammen mit seinem Intimus Edmund Liepold aus dem Witikobund ausgeschlossen, nachdem innerorganisatorische Intrigen gegen den WB-Bundesvorsitzenden Horst-Rudolf Übelacker im NPD-Organ „Deutsche Stimme“ ausgebreitet worden waren. „Bernd Posselt“, so heißt es in dem SdZ-Bericht über die Buchvorstellung am 21. November, „bekundete seine langjährige Verbundenheit mit den sudetendeutschen Lehrern, die das Entstehen des Buches zu fördern bereit waren“.

Der aggressivste Slogan seit vielen Jahren

Entsprechend lautet der Slogan, unter dem die SL-Kampagne 2006 ablaufen soll: „Vertreibung ist Völkermord – dem Recht auf die Heimat gehört die Zukunft.“

Das ist der aggressivste Slogan seit vielen Jahren. Er wurde vorbereitet in den Reden auf dem Sudetendeutschen Tag 2004 und 2005, wo der Zusammenhang zwischen Krieg und Umsiedlung ausdrücklich geleugnet wurde. Und durch die Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen Erika Steinbach (Mitglied des CDU-Vorstands), die seit Jahren stets „Vertreibung und Völkermord“ als unzertrennliches Wortzwillingspaar verwendet, um in jedem Kopf die Assoziation „Völkermord“ zu wecken, wenn das Wort „Vertreibung“ fällt.

Unter dem dreisten Slogan „Vertreibung ist Völkermord“ wird nicht nur der Sudetendeutsche Tag 2006 zu Pfingsten (3./4. Juni) als Höhepunkt der Kampagne ablaufen, sondern zahlreiche weitere Aktivitäten. Geplant sind:

- auf Bundesebene eine zentrale Kundgebung auf dem Marienplatz in München, eventuell auch eine solche in Berlin am Brandenburger Tor;
- auf Landesebene zentrale Kundgebungen in allen Landeshauptstädten;
- Informationsstände der Kreisgruppen;
- eine intensive Medienarbeit;
- eine zentrale Briefkastenaktion: „Dabei soll ein Flug- oder Faltblatt mit einer Kurzinformation über die Benes-Dekrete, über den Verlust der Heimat, die deutschen Opfer sowie über die Forderungen der SL zur Heilung des Vertreibungsunrechts zum Einwurf gelangen.“

Derartige Aktivitäten sind zweifellos geeignet, die deutsch-tschechischen Beziehungen erneut schwer zu belasten.

Renate Hennecke ■

* Václav Nosek: tschechoslowakischer Innenminister unter Beneš

Aufruf: Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Migranten!

Wir dokumentieren einen von 50 Künstlern, Gewerkschaftern, Migrationsforschern und Politikern unterzeichneten Aufruf vom 8. März zu den bevorstehenden Wahlen:

„Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten!

Der zu Jahresbeginn in Baden-Württemberg eingeführte „Gesinnungstest" für Einbürgerungsbewerberinnen und -bewerber muslimischen Glaubens führte zu einer breiten öffentlichen Diskussion. Es ist zu befürchten, dass die Debatte eine weitere Ausgrenzung von Menschen muslimischen Glaubens zur Folge haben wird.

Der Fragebogen und die damit verbundene Diskriminierung und Stigmatisierung gibt besonders im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern und die Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen Anlass zur Sorge.

Wenn Parteien und Politiker bei Wählerinnen und Wählern weit verbreitete Vorurteile und ablehnende Haltungen bewußt bedienen, um Wahlerfolge zu erzielen, fügen sie der Demokratie und dem friedlichen Zusammenleben in der Bundesrepublik schweren Schaden zu.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Aufrufs fordern Politiker und Parteien deshalb dazu auf, die bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlkämpfe nicht auf dem Rücken von Migrantinnen und Migranten auszutragen.

Wir, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern ferner die Rücknahme des Fragebogens in Baden-Württemberg, der vorherrschende Ressentiments gegen Menschen muslimischen Glaubens bedient."

Zu den Unterzeichnern zählen u. a.: Sevim Dagdelen, Mitglied des Bundestages; Humanistische Union e.V.; Frank Bsirske, ver.di-Bundesvorsitzender; Ulrich Thöne, GEW-Bundesvorsitzender; Feridun Zaimoglu, Schriftsteller; Peter Sodann, Schauspieler; Rolf Becker, Schauspieler und Regisseur; Roger Willemsen, Journalist und Schriftsteller ■

„Dann wird man auf einmal hinausgeworfen"

Unter dieser Überschrift berichtete die Wilhelmshavener Zeitung am 27.1.2006 über das Vorgehen von Mitarbeitern der Ausländerbehörde der Stadt Wilhelmshaven und der Polizei bei der Abschiebung der Familie Mucaj.

„Die Eheleute Arifete und Fadil Mucaj wissen nicht mehr ob es drei oder vier Uhr war, als am 19.1.2006 gegen ihre Wohnungstür in der Grenzstraße gehämmert wurde. Vor der Tür standen Mitarbeiter der Ausländerbehörde und die Polizei, die unmissverständlich klar machten, worum es ging. „Keine Widerrede, zieh dich an, weck die Kinder, pack die Koffer", waren die ersten Worte die Arifete Mucaj hörte. Weder ihr Flehen, der Familie doch eine Chance zu geben, noch ihr hinhaltender Widerstand konnten den Ablauf der Dinge beeinflussen. Die Koffer seien ihr vor die Füße geworfen worden. Die beiden Söhne, sechs und zehn Jahre alt, wurden geweckt. Wenn sie selbst sich nicht sofort anziehe, müsse sie im Pyjama mitkommen, hätten ihr die Mitarbeiter der Ausländerbehörde erklärt. „Wir sind keine Kriminellen, wir haben doch nichts getan", sagt Fadil Mucaj, der vor 15 Jahren als 19-jähriger Kosovo-Albaner aus der serbischen Armee desertierte und nach Wilhelmshaven kam. Im Bosnien-Krieg habe er für einen Staat kämpfen sollen, den die muslimische Mehrheit im Kosovo nicht als den ihren anerkannte. Seit 15 Jahren lebe er in Deutschland, wie auch sein Bruder und seine Eltern. Jetzt soll er mit seiner Familie von einem Tag auf den anderen zurück in ein Land, das längst kein Zuhause mehr ist und dessen Sprache die in Wilhelmshaven geborenen Söhne kaum verstehen. Unfassbar für die Eheleute ist auch, dass die Abschiebung wenige Tage vor der Vergabe der Halbjahreszeugnisse stattfinden sollte, indem die Kinder aus der Schule gerissen wurden und nicht einmal die Chance hatten sich von der Großmutter zu verabschieden, die gleich um die Ecke wohnt. Erst nach mehrfachem, drängendem Bitten habe sie ganz kurz mit der Schwiegermutter telefonieren dürfen, erinnert sich Arifete Mucaj.

Die Nacht- und Nebelaktion endete am Flughafen Düsseldorf. Um 12 Uhr sollte die Familie ins Flugzeug steigen. Dann sei das Wunder geschehen, um das sie inständig gebetet habe. Bei einer ihrer Begleiterinnen klingelte das Handy. Das Verwaltungsgericht in Oldenburg hatte die Abschiebung nach Intervention eines Anwalts, den die Schwiegermutter noch alarmieren konnte, im letzten Augenblick gestoppt. Einigen ihrer Begleiter sei die Enttäuschung anzumerken gewesen, dass sie die Arbeit nicht abschließen konnten und wir wieder nach Wilhelmshaven zurückgebracht werden mussten. Für die Familie zählte jedoch nur der Satz: „Ihr seid frei".

Wie lange die Freiheit währt, ist ungewiss. Wegen der unzureichenden Form der Ankündigung durch die Stadt Wilhelmshaven hat die Kammer des Landgerichts Oldenburg die Abschiebung ausgesetzt. Freiwillig wird die Familie nicht ausreisen. Freundinnen und Freunde der Familie Fadil und Arifete Mucaj haben sich in einer Petition an den Niedersächsischen Landtag gewendet mit der Bitte, die Abschiebung der Familie und insbesondere auch der Kinder Leutrim (10 Jahre) und Donjet Mucaj (6 Jahre) in den Kosovo zu unterbinden

flucht mailing list / flucht@nds-fluerat.org. ■

Zehn Tage nach einer Großdemonstration in der belgischen Hafenstadt Antwerpen demonstrierten am 25.2. rund 7000 Menschen in Brüssel für die Legalisierung der Menschen ohne Papiere. Aufgerufen hatten mehrere Flüchtlingsorganisationen, unterstützt wurde die Demonstration u.a. auch von den Gewerkschaften. Die Veranstalter kritisieren die belgischen Einwanderungspolitik, die viele tausend Einwanderer zu „Menschen ohne Papiere" und das heißt ohne Möglichkeit zur Arbeit und ohne Zugang zu Schule, Ausbildung und Gesundheitsversorgung macht. Die „Union zur Verteidigung der Menschen ohne Papiere" hat einen Gesetzentwurf zur Legalisierung der Einwanderer ausgearbeitet. Der Entwurf sieht vor allem deutliche Kriterien – sie fehlen im geltenden „Fremdengesetz" vollständig – und vor allem auch dauerhafte und für alle Einwanderer gleich geltende Kriterien zur Legalisierung vor. Eine Gruppe von „Illegalen", die eine Kirche besetzt hält (Bild), ist in den Hungerstreik getreten. *Quelle und Bild: Indymedia Belgien* ■

Bündnisgrüne und Linksfraktion wollen Bleiberechtsregelung erreichen

Dokumentiert

BERLIN. In unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit der Debatte um die Reform des Ausländerrechts durch den Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der Europäischen Union durch die Bundesregierung haben Mitglieder von Bündnis90/Die Grünen und Die Linke sowie ihre Fraktionen Gesetzentwürfe zur Änderung des geltenden Ausländerrechts in den Bundestag eingebracht, die sich mit dem Thema Kettenduldungen befassen. Nach einer halbstündigen kontroversen Debatte wurden die Entwürfe an die Ausschüsse, federführend den Innenausschuss verwiesen.

Bündnis90/Die Grünen bezeichneten ihre Initiative als Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Altfall-Regelung) (BT-Drs. 16/218). Er besteht aus der Schaffung eines neuen § 104a AufenthG.

Gesetzentwurf der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), Wolfgang Wieland, Claudia Roth (Augsburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes (Altfall-Regelung

A. Problem
Auch nach Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes leben über 200 000 Menschen als Geduldete in Deutschland. Über 150 000 hiervon leben bereits länger als fünf Jahre unter uns. Kinder aus diesen Familien sind häufig hier geboren und aufgewachsen. Gleichwohl sind sie immer noch von Abschiebung bedroht. Das Aufenthaltsgesetz hat nicht vermocht, für diese Menschen den Zustand sog. Kettenduldungen zu lösen, d. h. ihnen einen rechtmäßigen Aufenthaltsstatus in Deutschland zu verschaffen.

B. Lösung
Die Ausländerbehörden sollen Ausländerinnen und Ausländern, die sich beim Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes seit mindestens fünf Jahren rechtmäßig oder geduldet im Bundesgebiet aufhalten, eine Aufenthaltserlaubnis erteilen.

C. Alternativen
Denkbar wäre es, eine diesem Anliegen entsprechende Regelung über ein einstimmiges Votum der Innenministerkonferenz (IMK) herbeizuführen. Die IMK hat sich jedoch im Dezember 2005 erneut als handlungsunfähig oder unwillig erwiesen.

D. Kosten
Keine. Im Gegenteil ist mit der Einsparung öffentlicher Mittel zu rechnen, da aufgrund der hier vorgeschlagenen Regelung mit einem reduzierten Aufkommen von ggf. gerichtlichen Widerspruchsverfahren zu rechnen ist. Zudem wird durch die Erteilung eines rechtmäßigen Aufenthaltsstatus auch der Arbeitsmarktzugang für die Betroffenen erleichtert. Dies führt zu einer Reduzierung von sozialen Transferleistungen.

Gesetzentwurf der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE.

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und anderer Gesetze

A. Problem
Rund 200 000 Menschen leben seit mehreren Jahren nur mit einer Duldung oder einer Aufenthaltsgestattung in Deutschland. Häufig sind bereits Kinder in Deutschland geboren und aufgewachsen, die ihr „Heimatland“ allenfalls aus Erzählungen oder dem Fernsehen kennen. Diese Menschen sind vielfältigen Einschränkungen unterworfen, die ihrer vollständigen Integration in die deutsche Gesellschaft entgegenstehen, obwohl sie faktisch bereits „Inländer“ geworden sind.

B. Lösung
Nach fünf Jahren rechtmäßigem oder geduldetem Aufenthalt in Deutschland soll ein Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis bestehen. Dadurch wird den Betroffenen die Entwicklung einer Lebens- und Integrationsperspektive in Deutschland ermöglicht. In Härtefällen soll vom Erfordernis des fünfjährigen Aufenthaltes abgewichen werden können.

C. Alternativen
Keine

D. Kosten
Keine. Im Gegenteil ist eine Entlastung der öffentlichen Haushalte zu erwarten, weil mit der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis, die zur Erwerbstätigkeit berechtigt, auch die größere Chance zur Unabhängigkeit von Leistungen der öffentlichen Hand verbunden ist.

Quelle:
BT-Plen.prot. 16/11, 797 D ff ■

Rezension: Detaillierte Dokumentation über die „Judendeportationen“

Mehr als sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs erscheint nun ein „ansatzweise vollständiges Verzeichnis“ der „Judentransporte“ aus dem Deutschen Reich, dem Gebiet des damaligen Deutschlands einschließlich des bereits angeschlossenen Österreichs sowie Böhmen und Mähren. Aufgelistet werden 648 Transporte, in denen 268.000 Menschen mit der Reichsbahn in die Lager und Ghettos im Osten gefahren wurden. 470 dieser Transporte werden kommentiert: Wie viele Menschen waren es? Woher kamen sie? Wo waren die Sammellager? Welcher Vorwand wurde den Deportierten genannt? Außerdem das Durchschnitts alter, der Bahnhof, die Strecke, der Zug. Was widerfuhr den Deportierten bei der Ankunft? Wie viele Personen haben den Holocaust über lebt?

Das Buch arbeitet in einer ausführlichen Einleitung über frühe Deportationen im NS Staat heraus, wie sich das System schrittweise entwickelte. Angefangen von den massenhaften Ausweisungen polnischer Juden aus dem „Großdeutschen Reich“ in den Wochen vor der Reichspogromnacht 1938, als die logistischen Erfahrungen gesammelt wurden, die sich bereits bei der Einweisung von 26.000 bis 30.000 männlichen deutschen Juden in die Konzentrationslager nach der Pogromnacht auswirkten. Berichtet wird, wie die erste Phase der Deportationen mit Beginn des Krieges am 1. September 1939 gestartet wurde, als die Möglichkeiten zu Flucht und Migration erheblich eingeschränkt waren. Die in dieser Phase gemachten Erfahrungen wurden perfektioniert, bevor im Oktober 1941 ein allgemeines Auswanderungsverbot für Juden aus dem deutschen Machtbereich verhängt wurde und am 15. Oktober 1941 die von den Autoren ausführlich beschriebene zweite Deportationsphase mit einem Transport von 1005 Menschen von Wien nach Litzmannstadt (Lodz) begann. Allei ne bis zum 3. November folgten weitere Transporte mit ungefähr 19.000 Personen aus mehreren Städten des Deutschen Reiches zum gleichen Ziel. Die Transporte von mehreren zehn tausend Personen in die Ghettos von Minsk, Kowno und Riga folgten bis zum Februar 1942. Ab Mai 1942 begannen die Transporte in die Vernichtungslager, erst in Zügen mit relativ geringer Personenzahl nach Auschwitz, dann in steigender Personenzahl auch in die anderen Vernichtungslager.

Das Buch verdeutlicht, dass sich die Methoden der Deportationen dynamisch von Monat zu Monat änderten, bis sie das Stadium der durchorganisierten Massentransporte erreichten. Die Autoren konnten auf weitgehend vollständige Namenslisten zurückgreifen, die vom Bundesarchiv dieses Jahr veröffentlicht werden sollen. Sie sichteten die zur Verfügung stehenden Quellen aus der Literatur, aus Lokalstudien, aus Bahnunterlagen und sammelten, was aus GESTAPO-Akten noch zur Verfügung steht. So legten sie Wert auf die faksimilierte Wiedergabe möglichst sämtlicher „Deportationsrichtlinien“ der GESTAPO sowie darauf, Beispiele für die Vorgänge der Deportation mit der Eisen- bahn in historischen Aufnahmen abzubilden. Anhand der vielen Fotos, Stadtpläne, Landkarten und Dokumente wird der grausige Prozess anschaulich. Zitiert werden Briefwechsel und Verordnungen der NS-Bürokratie, die Praxis der Deportationen wird in Beziehung gesetzt zu den politischen Beschlüssen des Regimes.

Hervorzuheben ist, dass diese detaillierte Dokumentation sich weder im Konkreten verstrickt noch im Allgemeinen verliert. Die Informationen sind so knapp und präzise auf die dokumentierten Vorgänge zugeschnitten, dass der Prozess der Deportationen greifbar wird. Greifbar wird, wie die als Juden oder Zigeuner rassisch verfolgten Menschen aus den jeweiligen Städten herausgerissen und abtransportiert wurden. Deutlich wird, dass dieser Vorgang von der Bevölkerung nicht unbemerkt bleiben konnte. In der Regel waren es nicht die Güterwaggons, die bei den Deportationen aus den besetzten Gebieten eingesetzt wurden, sondern normale Personenzüge – manchmal auch nur ein Waggon, der z.B. von Berlin Anhalterbahnhof bis nach Theresienstadt fuhr und an einen regulären Zug angehängt wurde.

Im Deutschen Technikmuseum Berlin ist dazu eine kleine Ausstellung im Lokschuppen II zu sehen, wo ein Güterwaggon daran erinnert, dass es die Reichsbahn war, die Millionen in den Tod transportierte.

Thomas Blum ■
übernommen aus „monitor“, rundbrief des apabiz, Nr. 24

Gottwald, Alfred; Schulle, Diana: „Die ‚Judendeportationen‘ aus dem Deutschen Reich 1941-1945“. Wiesbaden 2005, 509 S., 15 Euro

Paxton: „Anatomie des Faschismus“ (Jetzt auf Deutsch!)

Paxtons Buch überrascht durch seine prozesshafte Methode. Statt eine – im Hegelschen und Marxschen Sinne – „abstrakte“ Formel für den Faschismus zu geben, wird zu Beginn an dessen konkret - historische Funktion erinnert: Schaffen einer „Diktatur gegen die Linke unter der begeisterten Zustimmung der Bevölkerung“ (S.11).

Ein weiterer methodischer Baustein ist für Paxton wichtig: „Ich konzentriere mich im Gegensatz zur üblichen Praxis stärker auf die Handlungen der Faschisten als auf ihre Worte“ (S. 9).

Genesis und Entwicklung des Faschismus werden als „Zyklus von fünf Stadien“ studiert : „(1) Die Entstehung einer Bewegung; (2) ihre Verankerung im politischen System; (3) ihr Griff nach der Macht; (4) die Machtausübung und schließlich, (5) die längerfristige Entwicklung, wobei für faschistische Regimes hier die Alternative Radikalisierung oder Niedergang lautete.

Obwohl jedes Stadium eine Voraussetzung für das nächste ist, muss keine faschistische Bewegung sie alle durchlaufen oder sich gar nur in eine Richtung entwickeln“ (S.41).

Der Erste Weltkrieg war die „entscheidenste direkte Vorbedingung für den Faschismus“ (S. 48) . Nach Kriegsende und seinen sozialen und politischen Verwerfungen stürzte „eine Bevölkerung, die gelernt hatte, öffentliche Lösungen der ökonomischen Probleme zu erwarteten, ins Ungewisse (S. 50).

Bereits die faschistischen „Urprogramme“, die die Krisenlage reflektierten und erst die Praxis zeigten, dass der „Antikapitalismus der Faschisten höchst selektiv war“ (S.86). Um an die Macht zu kommen, trafen Mussolini und Hitler „pragmatische Entscheidungen“ (S. 87) – gegen die faschistischen „Puristen“.

Entgegen allen Mythenbildungen kamen Mussolini und Hitler nicht via Coup d’Etat, sondern durch Zusammenarbeit mit (Teilen von) konservativen Eliten an die Macht (S. 142 ff.). Es kam zu einem „Herrschaftskompromiss“ (S. 149). Paxton durchaus differenziert: „Das Nazi-Regime und die Wirtschaft hatten konvergierende, aber keine identische Interessen“ (S. 145).

Die Machtergreifung von Mussolini und Hitler war in keiner Weise „unvermeidlich“ S. 151). Die Politik liberaler und konservativer Eliten bzw. das Versagen der ArbeiterInnenbewegung machte sie möglich. Paxton bewusst provokant: „Die genauere Betrachtung, wie faschistische Führer Regierungschefs wur-

→

den, ist eine Übung in Antideterminismus“ (Ebd.).

Im Schlusskapitel wird die Frage diskutiert, ob ein „updated“ Faschismus heute möglich ist S. 252ff.). Paxton bejaht diese Möglichkeit, verweist jedoch auf wesentliche Unterschiede zur Zwischenkriegszeit: u. a. das andere ökonomische Ambiente im Gegensatz zur Großen Depression oder den weitgehenden Verzicht der aktullen extremen Rechten auf den „Primat der Politik“, also das Setzen auf den „freien Markt“.

Sehr informativ und hilfreich ist der abrundende „Bibliografische Essay“ (S.322 ff.). In knapper, kommentierter Form wird die wichtigste Literatur vorgestellt – in der Bandbreite „Allgemeine Arbeiten“ bis hin zu „Faschistische und neofaschistische Bewegungen seit 1945“.

Hermann Dworczak ■

Robert O. Paxton: Anatomie des Faschismus. München, Deutsche Verlagsanstalt . 447 Seiten, 20,60 Euro.

Bunker „Hornisse“

„Das waren eigentlich nur schemenhafte Gestalten für mich“ – erinnert sich Marianne Chantelau an die Menschen, die ihr im Bremer Stadtteil Gröpelingen begegneten. „Sie zogen vorbei. Sie hatten kein richtiges Gesicht mehr und einen kahlen Kopf Wenn jemand so ausgehungert ist, dann geht ja auch das Seelen leben kaputt ... “

Gemeint sind die Häftlinge aus dem KZ Neuengamme, die man im Sommer 1944 als Marinekommando „Hornisse“ in Waggons nach Bremen transportierte. Im November 1944 brachte man sie im „Riespott“ unter, einem kurz zuvor ins Leben gerufenen Außenlager des KZ Neuengamme, in Sichtweite der Norddeutschen Hütte. Täglich trieb man die Gefangenen unter Schlägen und Fußtritten durch die Straßen Gröpelingens zur Zwangsarbeit für die Bremer Werft Deschimag/AG Weser. Ihre Aufgabe: der Bau eines Bunkers, in dem U-Boot-Sektionen zu fertigen waren, die später in dem Bunker „Valentin“ in Bremen-Farge zum U-Boot-XXI zusammengefügt werden sollten.

Den Hintergrund für diesen Plan stellte ein lange vor 1939 entwickeltes gigantisches Aufrüstungsprogramm dar. Die Deschimag/AG Weser sollte eine Serie von Zerstörern, Torpedo- und Unterseebooten produzieren. Der Mehrheitsanteil der Aktien des Unternehmens, bis Mitte der 1930er Jahre in den Händen von Bremer Kaufleuten und zwei Banken der Hansestadt, ging 1941 an die „Rüstungsschmiede“Krupp.

Die zunehmende Bombardierung der Hafenanlagen durch alliierte Flieger führte

schließlich zur Idee, verstärkt in verbunkerten Anlagen zu produzieren. Zunächst griff die Naziführung für deren Bau auf russische und italienische Kriegsgefangene zu rück, ab August 1944 auch auf Häftlinge des KZ Neuengamme. Ein offener Schleppkahn beförderte die Gefangenen zur Baustelle. Die Hälfte von ihnen starb an Entkräftung, den Misshandlungen der Kapos und auf den Todesmärschen.

Die ehemaligen Betriebsräte der Stahlwerke Eike Hemmer und Robert Milbradt haben aus Zeugenaussagen, Archivmaterialien und Dokumenten die Geschichte des Kommandos „Hornisse“ anschaulich rekonstruiert. Sie geben den weithin vergessenen Opfern des Programms „Vernichtung durch Arbeit“ ihr Gesicht wieder und legen – entgegen anderen Verlautbarungen – dar, in welchem Maße die Hansestadt, Betriebe und Stadtviertel von Lagern durchsetzt waren, in denen Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge leben, leiden und sterben mussten.

Die Herausgeber:
Eike Hemmer, Jg. 1937, Abitur, Studium, aktiv in der 1968er- Bewegung, seit 1973 als Walzensteuermann auf der Klöckner- Hütte, 1984 Betriebsrat, 1996 Mitglied im Europäischen Betriebsrat der ARBED, seit 2001 in Rente.
Robert Milbradt, Jg. 1944, Bootsbauer und ein paar Jahre Hochseefischerei, seit 1965 bei Klöckner, 1972 Betriebs rat, seit 1982 mit Eike Hemmer und weiteren Kollegen der Klöckner-Hütte Nachforschungen über Zwangsarbeit und das Lager „Riespott“, heute Rentner.

Eike Hemmer u. Robert Milbradt: Bunker „Hornisse“. KZ-Häftlinge in Bremen und die U-Boot-Werft der „AG Weser“ 1944/45. Donat Verlag, 143 Seiten, 32 Abbildungen, Hardcover, 12,80 Euro, ISBN 3-938275-02-2

Buchankündigung: Massenmedien, Migration und Integration

In der aktuellen Diskussion über Zuwanderung, aber auch das Verhältnis des Westens zum Islam bzw. zu den Muslimen spielen die Massenmedien eine Schlüsselrolle. Sie filtern für die Meinungsbildung wichtige Informationen und beeinflussen so das Bewusstsein der Menschen, denen sich die gesellschaftliche Realität zunehmend über die Rezeption von Medien erschließt. Medien liefern nicht nur (Zerr-)Bilder von Migrant (inn)en und ethnischen Minderheiten, die das Denken und Handeln der Einheimischen negativ beeinflussen, sondern prägen auch deren Haltung im Hinblick auf Modelle für das Zusammenleben zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion, indem sie Möglichkeiten bzw. Grenzen der Integration ausloten und öffentliche Debatten darüber organisieren.

Inhalt:

I. Massenmedien: Motoren und Multiplikatoren der Ethnisierung?
II. Zuwanderung und Rassismus in den Medien
III. Islamismus, Terrorismus und „Ausländerkriminalität“ als Medienthemen
IV. Alternativen für Journalismus und Pädagogik

Herausgeber/in:
Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft und ist Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) an der Universität zu Köln
Prof. Dr. Gudrun Hentges lehrt Politikwissenschaft an der Hochschule Fulda und ist Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt) an der Universität zu Köln

Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hg.) Massenmedien, Migration und Integration
Wiesbaden (VS - Verlag für Sozialwissenschaften) 2006, 260 Seiten, ISBN-Nr. 3-531-15047-2, 19,90 EUR

Empörung und Enttäuschung über Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts

Die „Internationale Föderation der Widerstandskämpfer“ (FIR) reagierte mit Empörung und Enttäuschung auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, den Prozessantrag der Angehörigen der Opfer des SS-Massakers von Distimo/ Griechenland abzulehnen. Damit wird den Angehörigen der Opfer des NS-Massenverbrechens, dem über 300 Menschen zum Opfer fielen, jegliche Möglichkeit zur Entschädigung bestritten. Das Verfahren wurde – wie schon in den unteren juristischen Instanzen – mit formalen Tricks ausgehebelt. Ein individueller Entschädigungsanspruch Einzelner bestehe nach Kriegshandlungen nicht, ein Amtshaftungsabkommen habe damals nicht bestanden, somit könnten die Betroffenen keine Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland erheben. Nach dem Karlsruher Beschluss können die griechischen Opfer auch aus den Entschädigungszahlungen Deutschlands an rassisch und politisch verfolgte NS-Opfer keine Ansprüche ableiten, denn die Verbrechen seien „nur Kriegsverbrechen“ gewesen.

„Besonders empörend ist es, dass das Gericht außerdem behauptet, nach dem Krieg habe es bereits eine Entschädigung gegenüber Griechenland gegeben“, betonte der Generalsekretär der FIR, Dr. Ulrich Schneider. Es sei bekannt, dass die griechische Regierung in früheren Jahren massiv unter Druck gesetzt worden sei, keine Forderungen gegenüber Deutschland zu erheben, obwohl griechische Gerichte die Ansprüche der Opfer bis in höchste Instanzen bestätigt hätten.

„Während die Opfer der faschistischen Politik entrechtet und verhöhnt werden, erleben wir auf der anderen Seite, dass Traditionsverbände der Kriegsverbrecher, wie zum Beispiel die Gebirgsjäger-Kompanie, die sich alljährlich am Brenten in Mittenwald treffen, von der Bundeswehr unterstützt werden. Das ist ein Skandal,“ erklärte Dr. Schneider. Mehr als 60 Jahre nach dem Ende der faschistischen Herrschaft zeigt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wie aktuell die Forderung bleibt: „Entschädigung der Opfer! Schluss mit der Ehrung der Kriegsverbrecher!“

gez. Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR),
Berlin, 3.3.2006,
e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de,
Internet www.fir.at ■

NS-Raubkunst wird wieder erforscht

KÖLN. Mit breiter Zustimmung hat der Rat der Stadt Köln am 14.2.2006 einen Antrag der Fraktion Die Linke.Köln angenommen, ab 2007 eine Stelle zur Erforschung der Herkunft und des Verbleibs der NS-Raubkunst in ihren Museen einzurichten.

Damit wird die vor einigen Jahren mit privaten Geldern auf zwei Jahre befristete Forschungsarbeit wieder aufgenommen und nachhaltig durch öffentliche Mittel bezahlt. Während der NS-Herrschaft von 1933 bis 1945 sind der jüdischen Bevölkerung durch willkürliche Entrechtung und Enteignung Gemälde, Skulpturen und Kunsthandwerk geraubt worden. Die Museen beteiligten sich an diesen Raubzügen. Vieles davon wurde nach dem Krieg nicht zurückgegeben, vieles blieb bis heute unauffindbar oder ist eindeutig als Raubgut zuzuordnen.

www.pds-koeln.de ■

Die Sudetendeutsche Stiftung hat am 25. Januar das 20-jährige Bestehen des Sudetendeutschen Hauses in München gefeiert. Das Gebäude verfügt über eine Nutzfläche von 5.000 Quadratmetern und beherbergt die wichtigsten Einrichtungen der sogenannten Volksgruppe: Die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die Sudetendeutsche Verlagsgesellschaft (Herausgeberin der Sudetendeutschen Zeitung), das Collegium Carolinum, das Sudetendeutsche Archiv, die Sudetendeutsche Akademie der Wissenschaften und Künste, den Adalbert-Stifter-Verein und den Sudetendeutschen Rat. Selbstverständlich hat hier auch die Sudetendeutsche Stiftung ihren Sitz, die offizielle Trägerin des Sudetendeutschen Hauses ist.

Das Sudetendeutsche Haus sei „sichtbarer Ausdruck unserer Schirmherrschaft über den vierten Stamm“ Bayerns, erklärte der Stiftungsratsvorsitzende der Sudetendeutschen Stiftung, Edmund Stoiber, in seiner Festansprache. Damit bezog er sich auf die maßgebliche Rolle, die der Freistaat Bayern bei der Errichtung des Gebäudes spielte. Im März 1976 stellte die bayerische Landesregierung das Grundstück in der Hochstraße 8 in München zur Verfügung – 3.200 Quadratmeter aus staatlichem Besitz. Am 1. August 1980 erklärte sich der Freistaat bereit, die Hälfte der gesamten Baukosten zu übernehmen. Auf 11,2 Millionen DM belief sich schließlich die Summe, die aus Steuermitteln des Landes dem Bau des Revisionszentrums zugute kam. Ergänzend zahlte der Bund mehr als eine halbe Million DM, Beträge bis zu 12.000 DM kamen von einzelnen Städten und Gemeinden. Drei Millionen DM übernahm die Bayerische Landesstiftung, vier Millionen brachten einzelne Spenderinnen und Spender auf, so dass auf die Sudetendeutsche Stiftung schließlich nur noch 5,2 Millionen DM entfielen.

Das Sudetendeutsche Haus soll, so lautete in den 1970er Jahren der Projektauftrag, „Wege (...) suchen, um das Fortbestehen und die Weiterarbeit der verschiedenen Einrichtungen der Sudetendeutschen und ihrer Landsmannschaft auch für die Zukunft sicherzustellen“ – für die Zeit, wenn aufgrund der damals schon abzusehenden Altersstruktur der „Vertriebenen“-Verbände die Personalstärke dramatisch abnehmen wird. Außerdem soll es, das betonte Edmund Stoiber in seiner Festansprache erneut, den „sudetendeutsch-tschechische(n) Dialog auf allen kulturellen Ebenen“ am Laufen halten. Denn das, so der bayerische Ministerpräsident, schafft „Vertrauen“ und erleichtert es, mit der Tschechischen Republik „über die Lösung der sudetendeutschen Fragen offen und fair zu sprechen“.

jk (nach DOD 2/2006) ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Islamismus in der rechten Diskussion

Nation & Europa März 2006

Inhaltlicher Schwerpunkt des Märzheftes von „Nation & Europa“ ist im Kern die Frage, wer in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation Hauptgegner der Rechten ist: Die muslimische Welt oder der globale US-amerikanische Hegemonieanspruch. Anders ausgedrückt: Setzen die Neofaschisten stärker auf Fremdenfeindlichkeit und Rassismus oder sollen sie zur Zeit eher einen deutschen Herrschaftsanspruch, der sich durchaus als europäischer tarnen kann, in den Mittelpunkt ihrer Propaganda stellen?

Die Debatte wird bereits mit der Titelseite eröffnet, die den US-Präsidenten vor einem Folterfoto (aus dem Irak?) zeigt und ihn unter dem Bild mit der Aussage zitiert: „Die beste Hoffnung für Frieden in unserer Welt liegt in der Ausbreitung von Freiheit überall in der Welt“. Und auch in dem an prominenter Stelle, direkt nach dem Editorial, platzierten Beitrag von *Christoph Annhaus* geht es um die gleiche Frage, die in der Rechten bisher offensichtlich nicht gelöst ist. Annhaus nennt seinen Beitrag mit dem Titel „Karikaturenstreit, Koran, Kulturkampf: Feindbild Islam“ deshalb auch ausdrücklich einen „Diskussionsbeitrag“.

Nachdem er festgestellt hat, dass sich neuerdings Linke und Rechte einig sind gegen den vermeintlich rückständigen und intoleranten Islam, stellt er zuerst einmal die ideologischen Gegensätze innerhalb der vermeintlich Verbündeten dar: „Der Rechten geht es seit jeher vor allem um die Frage der Überfremdung und um die Begrenzung bzw. Rückgängigmachung der Einwanderung. Linken und Liberalen ging es statt dessen immer darum, im missionarischen Sinn `Aufklärung´ zu betreiben und eigene Vorstellungen zu exportieren, Vorstellungen wie Egalitarismus, Feminismus, Multikulturalismus, ‚One World‘ im weitesten Sinn“.

Damit sind, Annhaus sei’s gedankt, die Fronten direkt zu Anfang geklärt. Damit es aber auch von jedem verstanden wird, wird er noch deutlicher: „Die Frontlinie verläuft dabei nicht zwischen Orient und Okzident, wie so gerne behauptet. Es ist vielmehr der Kampf des US-amerikanischen Universalismus (für Annhaus eine direkte Folge der Philosophie der Aufklärung – tri) gegen einen besonders widerspenstigen Teil der Erde mit einer vorherrschenden Religion, die Kampfeswille, Vitalität und Selbstbewußtsein zu vermitteln scheint. Für die europäische Rechte sollte dies Anlaß sein, ihre eigene derzeitige Position in jenem ‚Kulturkampf‘ zu hinterfragen. So könnte man als Hüter eigener Werte dem leidenschaftlichen Widerstand der Muslime durchaus positive Seiten abgewinnen“.

Folgen einige Illustrationen seiner These von der inhaltlichen Verbundenheit, wenn nicht gar Verwandtschaft zwischen Islamismus und rechter Ideologie: „Wirft man einen Blick auf die Protagonisten des antiislamischen Kulturkampfes, wird schnell klar, wes Geistes Kind sie sind. Nicht selten handelt es sich um Altlinke, die, nachdem die Völker Europas ihre Traditionen weitgehend verloren haben, die Kraft ‚kreativer Zerstörung‘ nun auf die islamische Welt lenken“. Und die Schlussfolgerung: „Die deutsche und europäische Rechte tut gut daran, sich nicht bei denen einzureihen, die prinzipiell nichts mit tradierten Werten und kulturellen Unterschieden anzufangen wissen“.

Und damit Anhaus’ Thesen auch von jedem eingefleischten Neonazi akzeptiert werden können, zitiert dieser seine historischen Vorbilder: „ Im Zweiten Weltkrieg kämpften islamische Einheiten auf deutscher Seite. Die ‚Arabischen Sicherungsverbände z.B.V.‘ legten ihren Eid auf den Koran ab und führten Spezialoperationen gegen Briten und Freifranzosen in Nordafrika durch. 1943 wurde die 13. SS-Waffengebirgsdivision ‚Handschar‘ aus muselmanischen Freiwilligen gebildet. Sie kämpfte gegen die Sowjets und kommunistische Partisanen auf dem Balkan. Eine der ältesten islamischen Dachorganisationen, die ‚Islamische Gemeinschaft in Deutschland‘ (IGD) wurde 1958 unter Beteiligung muslimischer Kriegsveteranen gegründet“.

Auch Leserbriefschreiber *Jens Siebert* aus Stade hat nichts gegen den Islam, aber viel gegen die USA: „Wer jetzt in den Chor der Islamfresser einstimmt, betätigt sich als nützlicher Idiot der Bush-Krieger und ihrer räuberischen, völkerfeindlichen Aggressionspolitik im Namen von ‚freedom and democracy‘. Also: Kampf der Kulturen – ja bitte. Aber wir sollten dabei auf der richtigen Seite stehen“.

Aber wie verträgt sich diese Orientierung, die nach dem Prinzip „Der Feind meines Feindes ist mein Freund“ handelt, mit der traditionellen Fremdenfeindlichkeit der Rechten? Aus einer Rezension des Buches „Falsche Fremden-Freundlichkeit: Islamisches Frauenbild gefährdet europäische Lebensart“: „Falthausers Studie aber geht Unterschieden auf den Grund, die hierzulande gern tabuisiert werden, weil sie von Unvereinbarkeiten zeugen. ‚Multi-Kulti‘, das bunte Nebeneinander, kann nur dort halbwegs funktionieren, wo gemeinsame Wertvorstellungen im Grundsätzlichen herrschen. Dabei geht es nicht zwangsläufig um ‚gut‘ oder ‚schlecht‘. Die Unterschiede als solche sind das Problem“. Auch Überschriften wie „Bi-nationale Ehen oft unglücklich“, „Zwangs-Integration jetzt auch im Krankenhaus“, „Fachkräfte raus, Sozialfälle rein“ und Aktuelles aus Multikultopia“ (alle der Märzausgabe von N&E entnommen) sprechen für sich und belegen, dass sich in Punkto Rassismus bei den Herausgebern und Autor(inn)en nichts Wesentliches geändert hat. Als Verbündete im Kampf gegen die in den USA verorteten Prinzipien der Aufklärung, wie z.B. gleiche, unveräußerliche Rechte aller Menschen, sind (reaktionäre) Muslime willkommen. Als Nachbarn, mit gleichen, unveräußerlichen Rechten sollen sie bleiben, wo der Pfeffer wächst.

Für Antifaschist(inn)en gilt es, genau diese fortschrittlichen Prinzipien der Aufklärung gegen neofaschistische und islamistische Reaktionäre zu verteidigen und gleichzeitig, die aggressive und in vielen Staaten selbst faschistische Züge annehmende Politik der USA zu bekämpfen. Bundesgenossen sind dabei natürlich auch unter fortschrittlichen Muslimen zu finden – und sie müssen gefunden werden. Dabei stehen sowohl antideutsche Islamophobie als auch prinzipienlose Anbiederung an die islamische Reaktion einer fortschrittlichen, antifaschistischen Politik im Weg. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507